

*Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste . Allgemeine Homosexuelle Aktion . Antifa - Bund der Antifaschisten . Antirassistische Initiative . Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten . Berliner Freunde der Völker Rußlands . Berliner Geschichtswerkstatt . Berliner Kulturrat . Berliner Vereinigung ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener. Berufsverband Bildender Künstler. Cinti-Union Berlin . Evangelische Akademie Berlin . Evangelische Jugend Berlin . Freunde der deutschen Kinemathek . Humanistischer Verband Deutschlands . Magnus-Hirschfeld-Gesellschaft . Naturfreundejugend Deutschlands . Neue Gesellschaft für Bildende Kunst . Neuköllner Kulturverein . Niederländisch-ökumenische Gemeinde . Sozialistische Jugend Deutschlands/Die Falken . VVN -Verband der Antifaschistinnen und Antifaschisten . Werkbund-Archiv .*

*zusammengeschlossen zum Verein*

**AKTIVES MUSEUM**  
Faschismus und Widerstand in Berlin

**Mitgliederrundbrief Nr. 26**

**Juli 1994**

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

In unserer Geschäftsstelle hat sich einiges zum Guten geändert: Obwohl die Vorhersagen so düster aussahen, haben wir Telefon bekommen, wir sind wieder unter unserer alten Nummer zu erreichen. Das FAX-Gerät verträgt sich allerdings (noch) nicht mit der neuen Leitung, da muß und wird etwas geschehen, aber bis jetzt haben wir es nicht herausbekommen, woran es liegt.

In der Zwischenzeit können zwar wir, wenn wir die Stecker umschalten, ein FAX schicken, aber noch können wir keins empfangen. Auch das wird eines Tages in Ordnung kommen.

In den nächsten Wochen ist nicht nur Urlaubszeit: die Sommerzeit wird auch intensiv genutzt für Recherchen zu unserem großen Projekt für 1995, die Ausstellung über die Rückkehr oder Nicht-Rückkehr der aus Berlin nach 1933 Emigrierten. Wegen dieser Arbeiten und des Urlaubs ist die Geschäftsstelle in den Monaten Juli und August öfters nicht besetzt. Wer uns besuchen will, sollte sich vorher telefonisch verabreden mit der/m jeweiligen Platzhalter/in.

Wir wünschen allen Mitgliedern, Freundinnen und Freunden einen schönen Sommer.

Neue Anschrift der Geschäfts- und Dokumentationsstelle : Chausseestr. 8, 10115 Berlin  
Eingang z.Zt. Novalisstr. 11; Telefon 030/281 51 98  
Konto 610012282 bei der Berliner Sparkasse BLZ 100 500 00

## Inhaltsverzeichnis

Brief des Aktiven Museums an die Bezirksverordneten Versammlung von Steglitz	S. 3
Stellungnahme des Aktiven Museums zum Abschlußbericht der "Unabhängigen Kommission zur Umbenennung von Straßen"	S. 4
Zusatz-Straßenschild Hindenburgdamm und Niederkirchnerstr.	S. 8
6. Mai in Lichtenberg: Schülerinnen und Schüler der ersten Haupt- und Realschule Lichtenberg bringen Ersatzgedenktafeln an	S. 12
Natascha Borghard: Ehemaliges Fremdarbeiterlager in Berlin Niederschöneeweide	S. 17
22. Juni 1994: Anbringung einer provisorischen Gedenktafel an der Köpenicker Str. 76, Begrüßung durch die Vorsitzende	S. 24
Rede von Ulrich Roloff-Momin, Senator für Kulturelle Angelegenheiten	S.26
Rede von Sabine Reichwein, Tochter von Adolf Reichwein	S.29
Rede von Ursel Hochmuth, Stieftochter von Franz Jacob	S.30
Vorläufiges Programm für die Veranstaltungen zum 50.Jahrestag des 20. Juli 1944	S. 32
Gedenkstätten zur Geschichte des Nationalsozialismus und des Widerstandes in und bei Berlin. Einwöchige Bildungsurlaubsveranstaltung von Arbeit und Leben	S. 34
Vorankündigungen von Veranstaltungen und eine Bitte der Geschäftsstelle des Aktiven Museums	S. 36

Redaktion dieses Rundbriefs: Christiane Hoss

*Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste . Allgemeine Homosexuelle Aktion . Antifa - Bund der Antifaschisten . Antirassistische Initiative . Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten . Berliner Freunde der Völker Rußlands . Berliner Geschichtswerkstatt . Berliner Kulturrat . Berliner Vereinigung ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand . Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener . Berufsverband Bildender Künstler . Cinti-Union Berlin . Evangelische Akademie Berlin . Evangelische Jugend Berlin . Freunde der deutschen Kinemathek . Humanistischer Verband Deutschlands . Magnus-Hirschfeld- Gesellschaft . Naturfreundejugend Deutschlands . Neue Gesellschaft für Bildende Kunst . Neuköllner Kulturverein . Niederländisch-Ökumenische Gemeinde . Sozialistische Jugend Deutschlands/Die Falken . VVN -Verband der Antifaschistinnen und Antifaschisten . Werkbund-Archiv , und viele Einzelmitglieder* *zusammengeschlossen zum Verein*

## AKTIVES MUSEUM Faschismus und Widerstand in Berlin

Aktives Museum, Chausseestr. 8, 10115 Berlin

An die Fraktionen der  
Bezirksverordneten-Versammlung Steglitz

23. April 1994

Betr.: Mahnmal für die aus dem Bezirk Steglitz deportierten und ermordeten Juden

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir möchten Sie heute bitten, Ihre ~~Ablehnung~~ des Mahnmals für die aus dem Bezirk Steglitz deportierten und ermordeten Juden noch einmal zu überdenken.

Wir bitten Sie, dabei zu berücksichtigen, daß Deutschland nach 1945, als die beispiellosen Verbrechen des Dritten Reiches, vor allem der fabrikmäßig betriebene Massenmord an den europäischen Juden, bekannt wurden, international geächtet war. Damals waren sich die Siegermächte wie auch unsere europäischen Nachbarn einig, daß viele Jahre, Generationen vergehen müßten, bis Deutschland wieder als Partner akzeptiert werden könne.

Daß es anders kam, ist nicht zuletzt den stetigen Bemühungen zu verdanken, die Opfer des Unrechts zu entschädigen und das Gedenken an die Verbrechen des NS-Staats wachzuhalten. Mahnmale, Gedenkstätten, Gedenktafeln für die Opfer der NS-Zeit sind ein deutliches, ein im öffentlichen Raum täglich wahrnehmbares Zeichen, daß wir nicht vergessen wollen und uns bemühen, Ähnliches in Zukunft zu verhindern.

Daß ein Mahnmal für einen Massenmord keinen Anstoß erregt, daß es sich unauffällig ins Stadtbild einfügt, ist nicht zu verlangen. Wo das so ist - und bei vielen ältern Mahnmalen ist das der Fall, wird es heute als der Versuch der Abwehr und Verleugnung angesehen. Wenn die Generation der Täter und Mitläufer Mahnmale errichtete, ist es vielleicht verständlich, daß sie oft so wenig aussagen.

Heute ist es die Generation der in der Demokratie Aufgewachsenen, die über Mahnmale beschließt und sie gestaltet. Heute geht es daher nicht mehr darum, den Massemord nur halbherzig zu betrauern, heute geht es um das Bewußtmachen seiner Dimension im alltäglichen Umfeld. Wir halten es daher für unwürdig, über 50 Jahre nach der Ermordung von Millionen Juden darüber zu streiten, ob ein Mahnmal sieben oder fünfzehn Meter lang sein darf.

Ein Mahnmal, das nicht mahnt, weil es nichts aussagt, kann auch wegfallen. Wenn das für Steglitz geplante Mahnmal bei manchen Betrachtern schmerzliche Gefühle, Abwehr und Aggression hervorruft, trägt es auf seine Weise zur aktiven Auseinandersetzung mit der NS-Zeit bei.

Wir appellieren daher an Ihr Gewissen, die anstehende Entscheidung noch einmal zu überdenken und unabhängig vom politischen Tagesgeschäft in einer dem Anlaß würdigen Weise eine positive Entscheidung zu treffen.

Dr. Christine Fischer-Defoy  
Vorsitzende

*Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste . Allgemeine Homosexuelle Aktion . Antifa - Bund der Antifaschisten . Antirassistische Initiative . Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten . Berliner Freunde der Völker Rußlands . Berliner Geschichtswerkstatt . Berliner Kulturrat . Berliner Vereinigung ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener . Berufsverband Bildender Künstler . Cinti-Union Berlin . Evangelische Akademie Berlin . Evangelische Jugend Berlin . Freunde der deutschen Kinemathek . Humanistischer Verband Deutschlands . Magnus-Hirschfeld-Gesellschaft . Naturfreundejugend Deutschlands . Neue Gesellschaft für Bildende Kunst . Neuköllner Kulturverein . Niederländisch-ökumenische Gemeinde . Sozialistische Jugend Deutschlands/Die Falken . VVN-Verband der Antifaschistinnen und Antifaschisten . Werkbund-Archiv .*

*zusammengeschlossen zum Verein*

**AKTIVES MUSEUM**  
**Faschismus und Widerstand in Berlin**

**Stellungnahme zum Abschlußbericht der "Unabhängigen Kommission zur Umbenennung von Straßen" vom 17.3.94**

1.

Der Verein Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin lehnt die vorgeschlagenen Straßenumbenennungen in der vorliegenden Form ab. Mit Rückgriff auf die "Totalitarismus-Theorie" strebt die Kommission eine Relativierung der NS-Zeit an, indem sie deren Herrschaftssystem mit dem der DDR gleichsetzt und Spuren beider "deutscher Diktaturen" zu tilgen beabsichtigt. Wir sehen darin eine Herrschaftsgeste, mit der die 40-jährige Existenz der DDR negiert und an sie erinnernde Zeichen im Stadtbild beseitigt werden sollen. Diese Straßenumbenennungen sind Teil einer Strategie, die von der Entfernung von Gedenktafeln über die Umgestaltung der "Neuen Wache", die Übernahme und Umwertung des "Zeughauses" zum Deutschen Historischen Museum bis zum geplanten Abriß des "Palasts der Republik" reicht.

Eine Negierung der DDR-Geschichte bedeutet: 16 Millionen Bürgern in zwei Generationen wird ein Teil ihrer eigenen Lebensgeschichte weggenommen. Wir wissen aus der Vergangenheit, was aus dem Verlust von Identität folgen kann. Anzeichen einer irrationalen Suche nach Ersatz-Identitäten sind nicht mehr zu übersehen.

Deshalb hat das Aktive Museum von Anfang an für eine Bewahrung und konstruktiv-kritische Auseinandersetzung mit den Zeichen der DDR-Vergangenheit plädiert:

- durch eine Ausstellung über den Umgang mit den DDR-Denkmalen vor ihrem geplanten Abriß
- durch die Kommentierung des "Antifaschistischen Traditionskabinetts" am Prenzlauer Berg vor dessen Schließung
- durch das Ersetzen von entfernten Gedenktafeln in den Ostberliner Stadtbezirken mit z.T. neuem Text, der mehr über die Geschichte der zu erinnernden Personen aussagt.

Ein letztes Beispiel dafür sind die Zusatztafeln, die wir am 8. März 1994 am Standort des früheren Frauengefängnisses in der Barnimstraße angebracht haben mit dem Ziel, dort nicht nur an Rosa Luxemburg zu erinnern, sondern auch an alle Frauen, die hier im Nationalsozialismus vor ihrer Hinrichtung inhaftiert waren.

---

Neue Anschrift der Geschäfts- und Dokumentationsstelle : Chausseestr. 8, 10115 Berlin  
 zunächst kein Telefon oder FAX, erreichbar über Mobiltelefon: 0171/8062324  
 Konto 610012282 bei der Berliner Sparkasse BLZ 100 500 00

2.

Wir lehnen die Vorschläge der Kommission des Verkehrssenators auch deshalb ab, weil wir dies als Beispiel für ein Hineinregieren in die Bezirke sehen: Straßenbenennungen obliegen den Bezirken und unterliegen nur der Fachaufsicht des zuständigen Senators. Mit den nun vom Verkehrssenator vorgelegten Vorschlägen wird auf dem Wege des sog. "Eintrittsrechts" den Bezirken ihre Kompetenz abgenommen. Der Bezirk Mitte hat sich zurecht dagegen verwahrt, denn er war nicht in die Arbeit der "unabhängigen Fachkommission" einbezogen. Zugleich muß darauf hingewiesen werden, daß allein in Berlin-Mitte auf Beschluß der BVV 1991 elf Straßen umbenannt worden sind, darunter die Fritz Heckert-Straße, die Otto-Nuschke-Straße, die Hermann-Matern-Straße, die Wilhelm Külz-Straße und die Johannes Dieckmann-Straße, die an Funktionäre verschiedener Parteien erinnerten, sowie das Marx-Engels-Forum und ein Teil des Marx-Engels-Platzes.

Der Verein Aktives Museum sieht in dem nun vorgesehenen Verfahren gemäß dem "Eintrittsrecht" des Verkehrssenators nicht gerade ein Musterbeispiel dafür, daß sich die vereinigte Bundesrepublik positiv von den Regierungsmethoden unterscheidet, die 40 Jahre lang in der DDR vorherrschend waren.

Die Vorschläge der Kommission sind im übrigen weitgehend identisch mit einem FDP-Antrag, der bereits seit November 1993 im Berliner Abgeordnetenhaus diskutiert wird. Dieser Antrag betraf die Dimitroffstraße, die Hans Beimler-Straße, die Wilhelm Pieck-Straße, die Clara Zetkin-Straße und die Niederkirchnerstraße. Dieser FDP-Antrag liegt z.Zt. in den Ausschüssen des Abgeordnetenhauses, mit seiner Fristsetzung an die betroffenen Stadtbezirke greift der Verkehrssenator somit nicht nur in Kompetenz der Bezirke sondern auch die des Parlaments ein.

3.

In der Präambel des Kommissionsberichtes werden Straßennamen als "Erinnerungsmuster" bezeichnet, die zur Traditionsstiftung einer Gesellschaft beitragen. Damit solle, so der Bericht, an "alle Traditionen, die im Gedächtnis einer pluralen, toleranten Demokratie Platz haben", erinnert werden.

Für den Verein Aktives Museum gehört zu den "Erinnerungsmustern" im 20. Jahrhundert jedoch nicht nur Preußens Glanz und Gloria, die Errungenschaften der Weimarer Republik und die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch die Auseinandersetzung mit den "Schandflecken" (so der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen bei der ersten Begehung des Gestapo-Geländes). Vorrangig gemeint sind damit nicht die Schattenseiten des Kaiserreichs oder der DDR sondern die Zeit des Nationalsozialismus. Der Bericht rekurriert auf die ausländischen Besucher und die Staatsgäste, insbesondere sie haben ein waches Auge darauf, wie das wiedervereinigte Deutschland mit seiner NS-Vergangenheit umgeht.

Wir sind der Meinung, daß "Traditionsstiftung" auch das Kenntlichmachen der "Schattenseiten" braucht. Gerade das alte und künftige Regierungsviertel ist dafür prädestiniert, hier 100 Jahre deutscher Geschichte positiv wie negativ zu dokumentieren. Wir begrüßen daher die Initiative "Geschichtsméile Wilhelmstraße", bei der die Kenntlichmachung der früheren Gebäude und ihrer jeweiligen

Geschichte geplant ist. In diesem Sinne haben wir von Anfang an dafür gestritten, das Gestapo-Gelände als "Herzstück" des Regierungsviertels als "Offene Wunde" zu erhalten, mit der an die hier am Schreibtisch verordneten Verbrechen erinnert wird. Deshalb treten wir auch an diesem Ort für die Beibehaltung des Namens Niederkirchnerstraße ein, weil er an ein Opfer dieser Verbrechen erinnert.

4.

Zu den "Erinnerungsmustern" des 20. Jahrhunderts gehört im Regierungsviertel auch die Erinnerung an 40 Jahre DDR-Geschichte, damit auch die Erinnerung an ihre prägenden Repräsentanten, ohne daß dies eine positive Identifikation bedeuten muß. Analog des Verfahrens zur Aberkennung der früheren "Ehrenpension" der DDR sollte die einzige Ausnahme in der im Einzelfall nachgewiesenen Beteiligung an Verbrechen gegen die Menschenrechte bestehen. Konkret: Falls Wilhelm Pieck, wie behauptet wird, tatsächlich persönlich die Auslieferungslisten an die Gestapo in Moskau unterzeichnet hat, so wäre dies ein Grund, die Straße umzubenennen. Der Bezirk Mitte hat dies im übrigen bereits entsprechend beschlossen. Wir begrüßen das Minderheitsvotum von Ella Barowsky, Laurenz Demps und Heinrich August Winkler für die Beibehaltung des Namens Bersarinplatz: Auch wenn Bersarin unzweifelhaft zu den Repräsentanten der sowjetischen Politik gehörte, hat die Minderheit in der Kommission hier seine Verdienste 1945 als erster Stadtkommandant im noch ungeteilten Berlin höher bewertet.

Dies gilt auch für diejenigen Vertreter der Theorie und Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die in der DDR zu prägenden Symbolfiguren ernannt wurden: Karl Marx, Friedrich Engels, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Clara Zetkin. Wir sind der Meinung, man kann den Theoretikern des Marxismus nicht anlasten, welche Verfehlungen und Verbrechen später im Namen ihrer Theorie begangen wurden. Und man kann Persönlichkeiten wie Liebknecht, Luxemburg und Zetkin nicht mit der Veröffentlichung eines Zitats ihre Verdienste innerhalb der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung absprechen. Sie waren Teile der Identitätsstiftung nicht nur in der DDR.

Zu den "Erinnerungsmustern" von 40 Jahren DDR-Geschichte gehört auch deren besondere Würdigung von Widerstandskämpfern und Widerstandskämpferinnen - unabhängig davon, ob wir dies heute als "verordneten Antifaschismus" sehen. Viele dieser Namesgebungen in den östlichen Stadtbezirken sind bereits in der frühen Nachkriegszeit noch im "antifaschistisch-demokratischen" Konsens erfolgt.

5.

Der Bericht nennt ersatzweise für die Umbenennung die Namen von Persönlichkeiten, die sicher zurecht eine Straße in Berlin verdient hätten. Wir weisen jedoch darauf hin, daß es im Stadtgebiet von Berlin zum Beispiel gibt:

12 Waldstraßen: Adlershof, Bohnsdorf, Grünau, Hessenwinkel, Johannisthal, Kaulsdorf, Köpenick, Niederschönhausen, Reinickendorf, Schmöckwitz, Tiergarten, Zehlendorf

8 Berliner Straße: Blankenfelde, Buchholz, Heinersdorf, Hermsdorf, Pankow, Tegel, Wilmersdorf, Zehlendorf

Diese unspezifischen Bezeichnungen bieten genügend Spielraum in der Stadt, ohne daß die vorgesehenen Umbenennungen andere Straßen vollzogen werden müßten. Außerdem wäre zunächst zu fragen, ob Personen wie Luther ( 8 Straßen), Bismarck ( 7 Straßen) und Mozart ( 6 Straßen) nicht überrepräsentiert sind, bevor die Niederkirchnerstraße angetastet wird.

6.

Die "Unabhängige Fachkommission" spricht in ihrem Bericht von "einer totalitären Diktatur" - gemeint ist der Nationalsozialismus- und einer "anderen totalitären Diktatur" - gemeint ist damit die DDR. An anderer Stelle ist die Rede von "erster deutscher Diktatur" und "zweiter deutscher Diktatur", denen die "erste deutsche Demokratie" = Weimar und die "zweite deutsche Demokratie" = BRD gegenübergestellt wird. Wir verwahren uns entschieden dagegen, daß damit die NS-Zeit verharmlost wird. Dies entspricht den Bemühungen, den Nationalsozialismus "in die deutsche Geschichte einzuordnen". Keine andere Diktatur in der Menschheitsgeschichte hat den fabrikmäßig betriebenen Völkermord an Millionen Menschen zu verantworten. Das DDR-Regime hat sicher in vielen Fällen die Menschenrechte mißachtet und gegen sie verstoßen, gleichwohl ist dies nicht mit den Verbrechen des NS-Staates vergleichbar.

Wir sehen in dieser Gleichsetzung ein Wiederbeleben der "Totalitarismus-Theorie" des Kalten Krieges. Angesichts des Zusammenbruchs des "Realen Sozialismus" scheint uns eine Verunglimpfung der früheren sozialistischer Staaten durch die Gleichsetzung "rot = braun" unangebracht. Wir weisen darauf hin, daß es gerade diese Gleichsetzung war, die am Ende der Weimarer Republik die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung gegenüber dem Nationalsozialismus zur Folge hatte.

7.

Die vorgeschlagenen Umbenennungen verschieben das bestehende Mißverhältnis bei den Berliner Straßennamen weiterhin zuungunsten von Frauen. Insgesamt gibt es in Berlin zur Zeit 46 Straßen, die nach Frauen benannt sind. Mit Umbenennung der Niederkirchnerstraße in "Am Preußischen Landtag" würde noch eine Straße weniger nach einer Frau benannt sein. Die geplante Rückbenennung der Clara-Zetkin-Straße in Dorotheenstraße ist eher eine Ortsbestimmung, weil sie zur Dorotheenstadt weist, denn eine Erinnerung an die Verdienste einer Kurfürstin, die ihre "Morgengabe" für den Aufbau eines Wohnviertels zur Verfügung stellte. Clara Zetkin wird weltweit geachtet als Persönlichkeit der Frauenbewegung, ihr Kampf um die Gleichberechtigung der Frauen und das Frauenwahlrecht ist vorrangig gegenüber Zitaten, die ihre Einbindung in KPD-Politik belegen sollen.

8.

Wir schlagen daher vor, die Mittel für die Straßenumbenennungen dafür zu verwenden, an den bestehenden Straßenschildern Zusatztafeln anzubringen, die erläutern, wann und warum diese

Straßen ihren Namen erhalten haben und gegebenenfalls wann und nach wem sie umbenannt worden sind. Ein entsprechendes Schild haben wir bereits 1990 an der Niederkirchnerstraße in Berlin-Mitte angebracht. Solche Zusatztafeln würden die Stadtlandschaft in ein offenes Geschichtsbuch verwandeln, in dem die Vergangenheit in ihren jeweiligen Umwertungen ablesbar wäre.

Für den Vorstand des Vereins Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin

Dr. Christine Fischer-Defoy  
(1. Vorsitzende)

Bei einer Rundfunkdiskussion über die Berliner Straßennamen forderte das Mitglied der Unabhängigen Kommission, Prof. Winkler, daß in Berlin keine Straßen nach Menschen benannt sein dürften, die zur Zerstörung der ersten deutschen Republik beitrugen.

Das Aktive Museum nahm diesen Hinweis auf. Wir brachten am 27. April dieses Zusatzstraßenschild am Hindenburgdamm an.

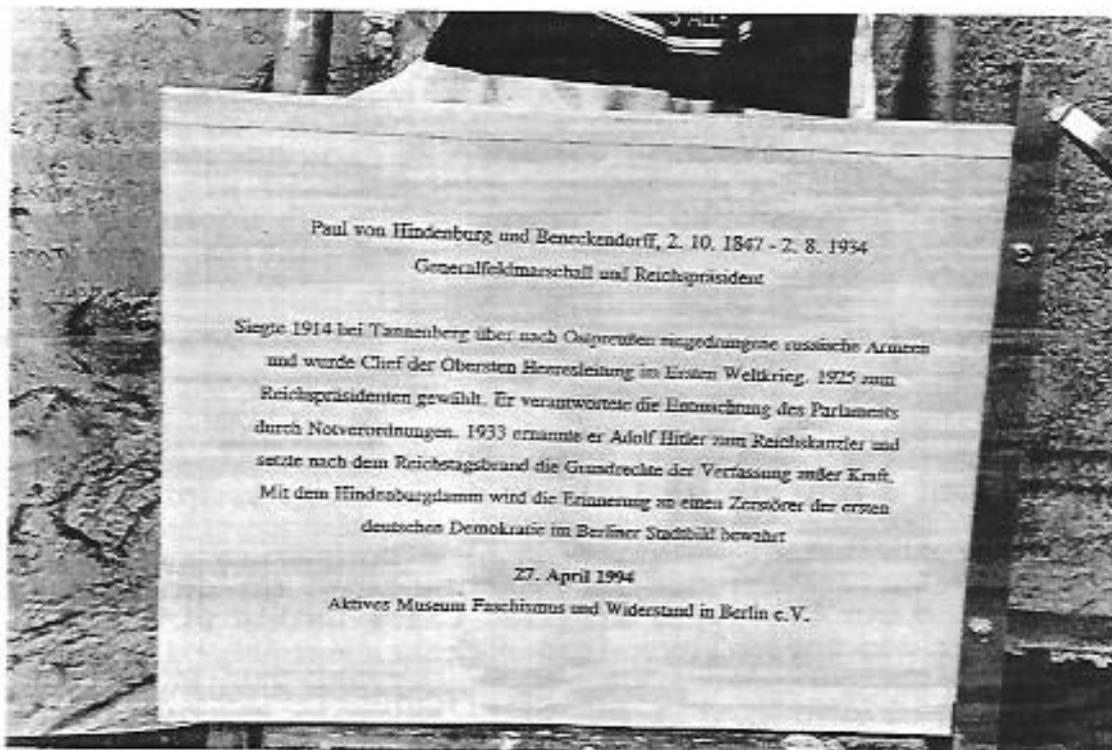


Foto: Georg Armbrüster



Foto: Georg Armbrüster

Am gleichen Tag erneuerten wir  
das Zusatzschild an der  
Niederkirchnerstraße

bis 1951:

**PRINZ-ALBRECHT-STRASSE**

Zwischen 1933 und 1945 war dies die am meisten gefürchtete Adresse  
in Berlin. In der Prinz-Albrecht-Str. 8 befand sich  
die Zentrale der GESTAPO,

1951 wurde die Straße zum Gedenken an die von den Nazis  
in Ravensbrück hingerichtete Widerstandskämpferin

**KÄTE NIEDERKIRCHNER**

überannt. Das soll auch so bleiben!

27. April 1994

Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.



## Bezirksamt Steglitz von Berlin

Abteilung Bau- und Wohnungswesen  
Tiefbauamt

BERLIN

Bezirksamt Steglitz, Schloßstraße 80, 12154 Berlin (nur Briefsendungen)  
Bezirksamt Steglitz, Schloßstraße 80, 12165 Berlin (nur Frachtsendungen)

Einschreiben

Aktives Museum - Faschismus  
und Widerstand in Berlin e. V.  
vertreten durch die Vorsitzende  
Frau Dr. Christine Fischer-Defoy  
Alte Schönhauser Straße 9

10119 Berlin

Geschäftszeichen (bitte immer angeben)

Tief II 1

BearbeiterIn

Herr  
Grenzendorfer

Zimmer

1727

Fernruf

Durchwahl 79 04 - 3748

Vermittlung 79 04 - 1

(Intern 983)

Datum

17.05.1994

Betr.: Aktion gegen StraßenumbenennungenAnlg.: 1 Kostenrechnung

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach unseren Feststellungen haben Sie in Berlin-Lichterfelde am Hindenburgdamm Ecke Gardeschützenweg an einem Straßenbenennungsschild ein zusätzliches Schild mit Hinweisen auf Paul von Hindenburg angebracht und damit ein Straßenschild - also ein Zubehörteil der Straße - unbefugt verändert. Hierbei handelt es sich um einen unerlaubten Eingriff in den öffentlichen Straßenraum.

Gemäß § 13 Abs. 2 des Berliner Straßengesetzes (BerlStrG) vom 28.02.1985 (Gesetz- und Verordnungsblatt -GVBl- für Berlin, S. 518), geändert durch Gesetz vom 30.06.1988 (GVBl. S. 977), haben wir das Schild am 28.04.1994 beseitigt. Die Aufwendungen dafür sind nach § 13 Abs. 2 BerlStrG vom Verursacher - und damit von Ihnen - zu tragen. Sie betragen: 114,82 DM.

Wir bitten, den genannten Betrag innerhalb von 3 Wochen an die Bezirkskasse Steglitz auf eines der genannten Konten - unter Angabe der Buchungsstelle 4202- A 81195-zu überweisen.

Gegen diesen Bescheid ist der Widerspruch zulässig. Er ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe dieses Bescheides schriftlich oder zur Niederschrift beim Bezirksamt Steglitz von Berlin, Abt. Bau- und Wohnungswesen, Tiefbauamt, Schloßstraße 80, 12154 Berlin zu erheben. Es wird darauf hingewiesen, daß bei schriftlicher Einlegung des Widerspruchs die Widerspruchsfrist nur dann gewahrt ist, wenn der Widerspruch innerhalb dieser Frist eingegangen ist.

Hochachtungsvoll  
Im Auftrag  
BismorSprechzeiten  
Dienstag und Freitag  
von 9 bis 13 UhrTelefax  
79 04 - 39 67Zahlungen  
bitte bargeldlos nur an die  
Bezirkskasse SteglitzKontonummer  
29 60-100  
1210003402  
2400090200Geldinstitut  
Postbank Berlin 100 100 10  
Berliner Sparkasse 100 500 00  
Berliner Bank 100 200 00Eingang  
Schloßstr. 80  
Parkhaus  
Schloßstr. 78

Bezirksamt Steglitz von Berlin  
 Abt. Bau- und Wohnungswesen  
 Tiefbauamt  
 Tief V 6

Berlin, den 2. 5. 94  
 Tel. 7904 3765

Kostenaufstellung

Betr.: Unfall Hindenburgdamm

Vorg.: Meldung vom 29. 4. 94 Pol. Abschnitt \_\_\_\_\_ AZ: \_\_\_\_\_

Die Arbeiten wurden vom Tiefbauamt - Regiekolonne - ausgeführt

Stück	Material	Einzelpreis	Gesamtpreis
_____	Pfosten je m	_____	_____
_____	Befestigungssatz	_____	_____
_____	Straßenbenennungsschilder	_____	_____
_____	Rahmen mm	_____	_____
_____	Verkehrszeichen	_____	_____
_____	Verkehrszeichen	_____	_____
_____	Rohrrahmen Größe	_____	_____
_____	m <sup>2</sup> Pflaster herstellen	_____	_____
<u>1</u>	<u>Erläuterungsschild</u>	_____	_____
_____	<u>entwerfen</u>	_____	_____
Zwischensumme			_____
15 % Mehrwertsteuer			_____
5 % Gemeinkosten o. MwSt			_____
<u>Summe der Materialkosten</u>			_____ <u>DM</u>

Stunden	Arbeitsleistung	DM / Std	Gesamtpreis
<u>1</u>	Baufacharbeiter	<u>18,67</u>	<u>18,67</u>
<u>1</u>	Baufachwerker	<u>16,72</u>	<u>16,72</u>
Zwischensumme			<u>35,39</u>
77 % Gemeinkosten			<u>27,25</u>
<u>1</u>	LKW lt. Jahresvertrag	<u>52,18</u> DM / Std.	<u>52,18</u>
<u>Summe der Arbeitsleistungen</u>			<u>114,82 DM</u>
<u>Gesamtkosten</u>			<u>114,82 DM</u>

Tief 036-04.94 / 2007-1-972

Hindrich  
 Zeichner

Das Aktive Museum hat gegen diese Kostenrechnung Widerspruch eingelegt.

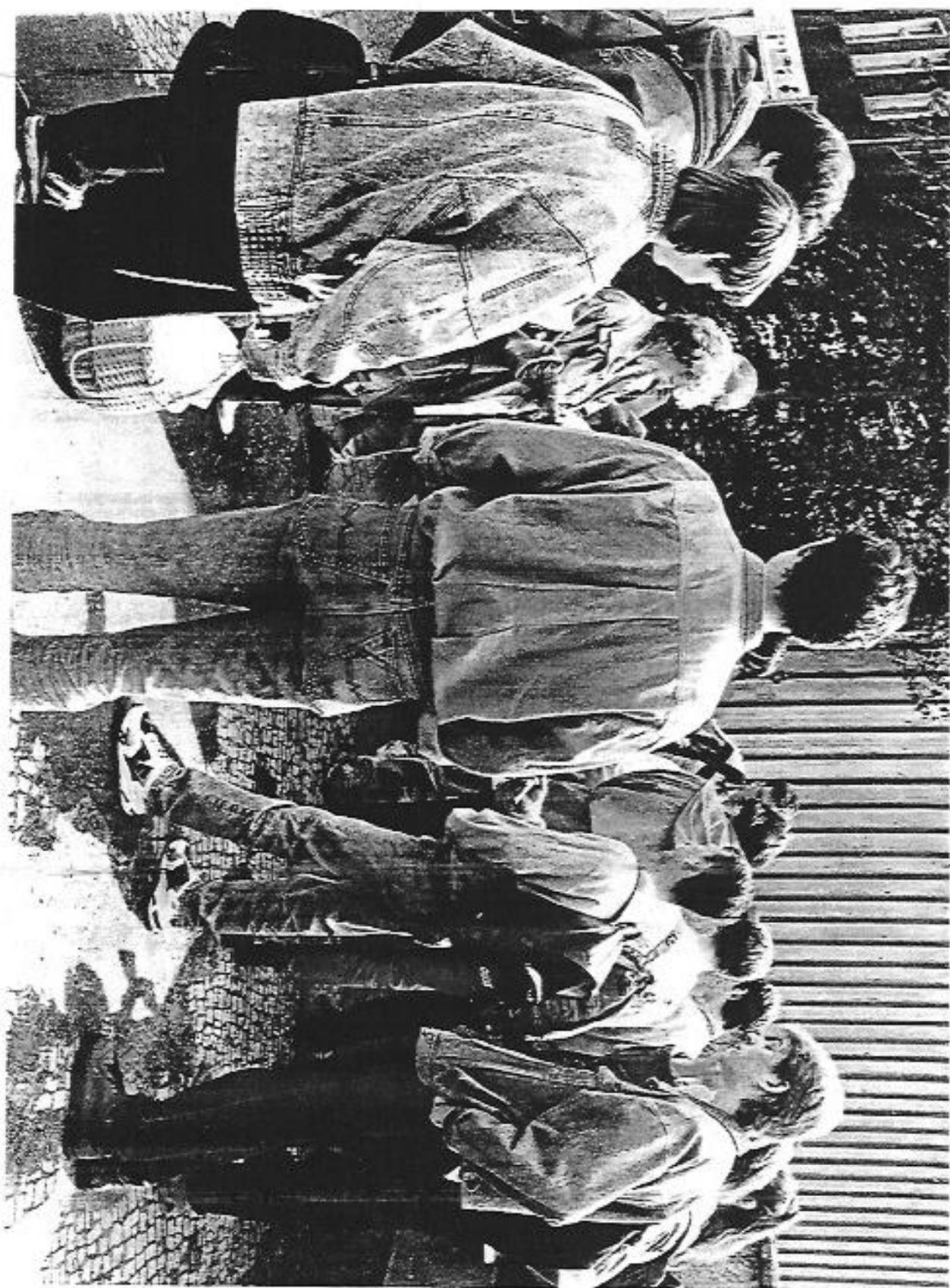


Foto: Jürgen Henschel

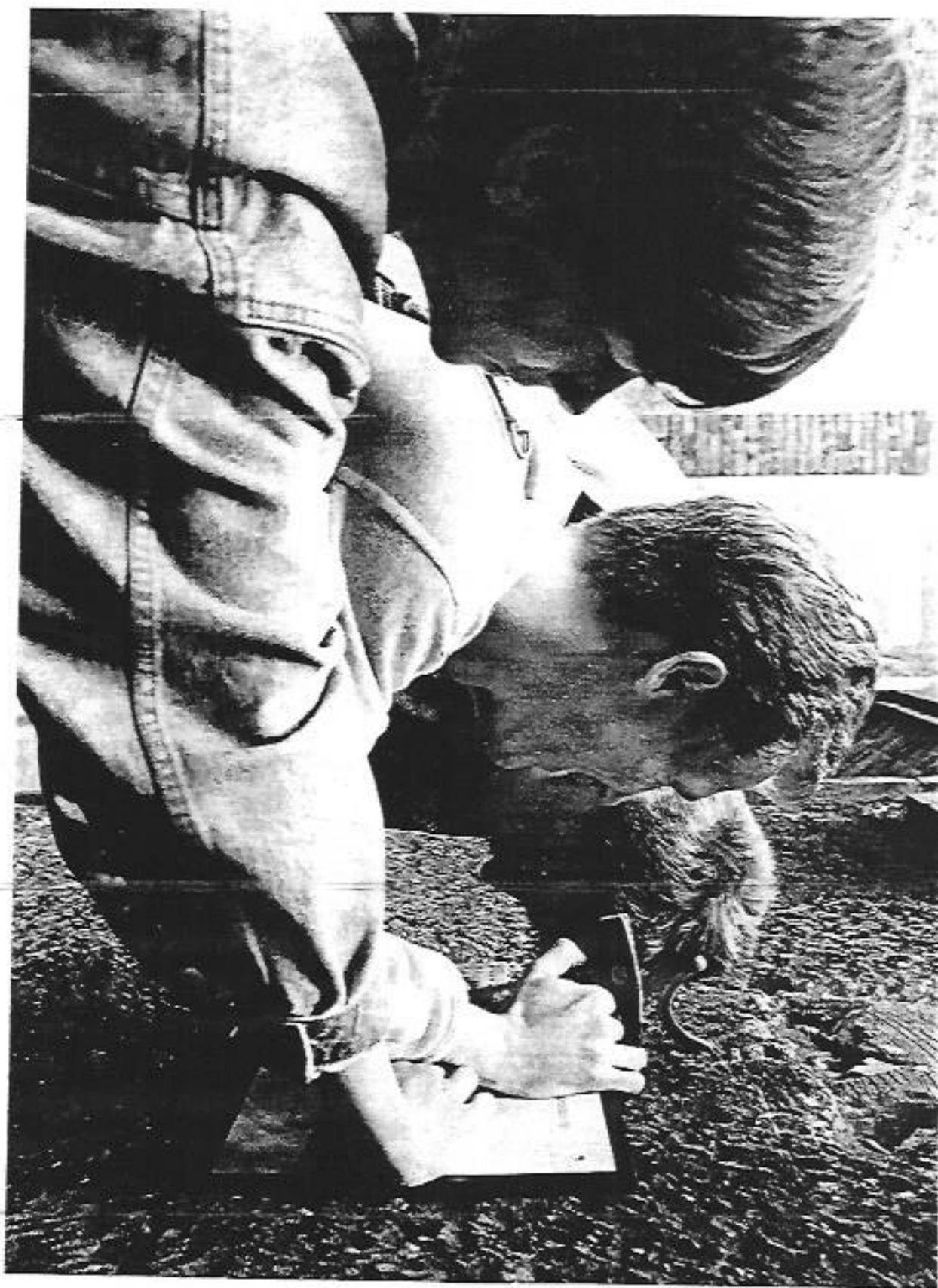


Foto: Jürgen Henschel

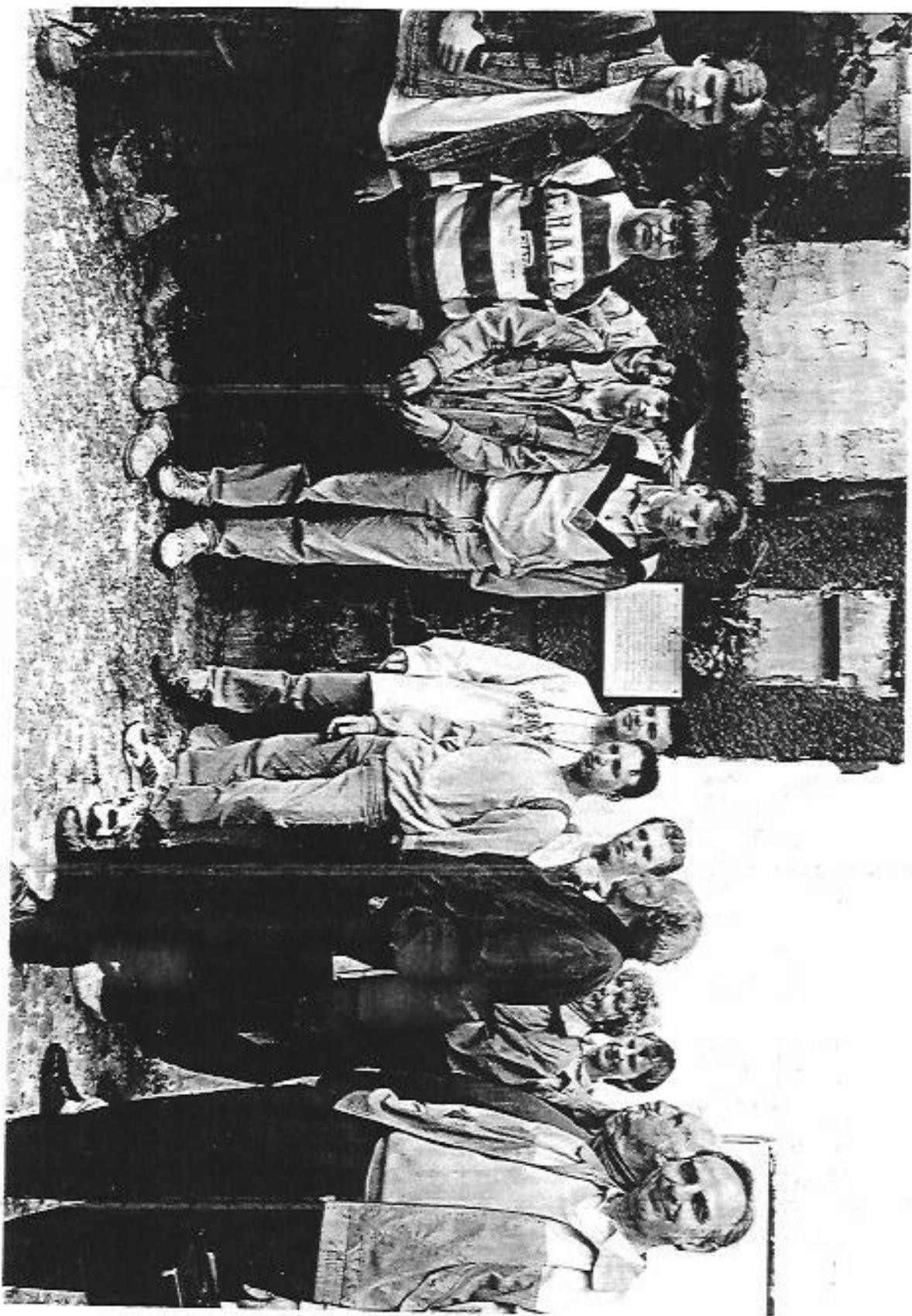


Foto: Jürgen Henschel



Foto: Jürgen Henschel

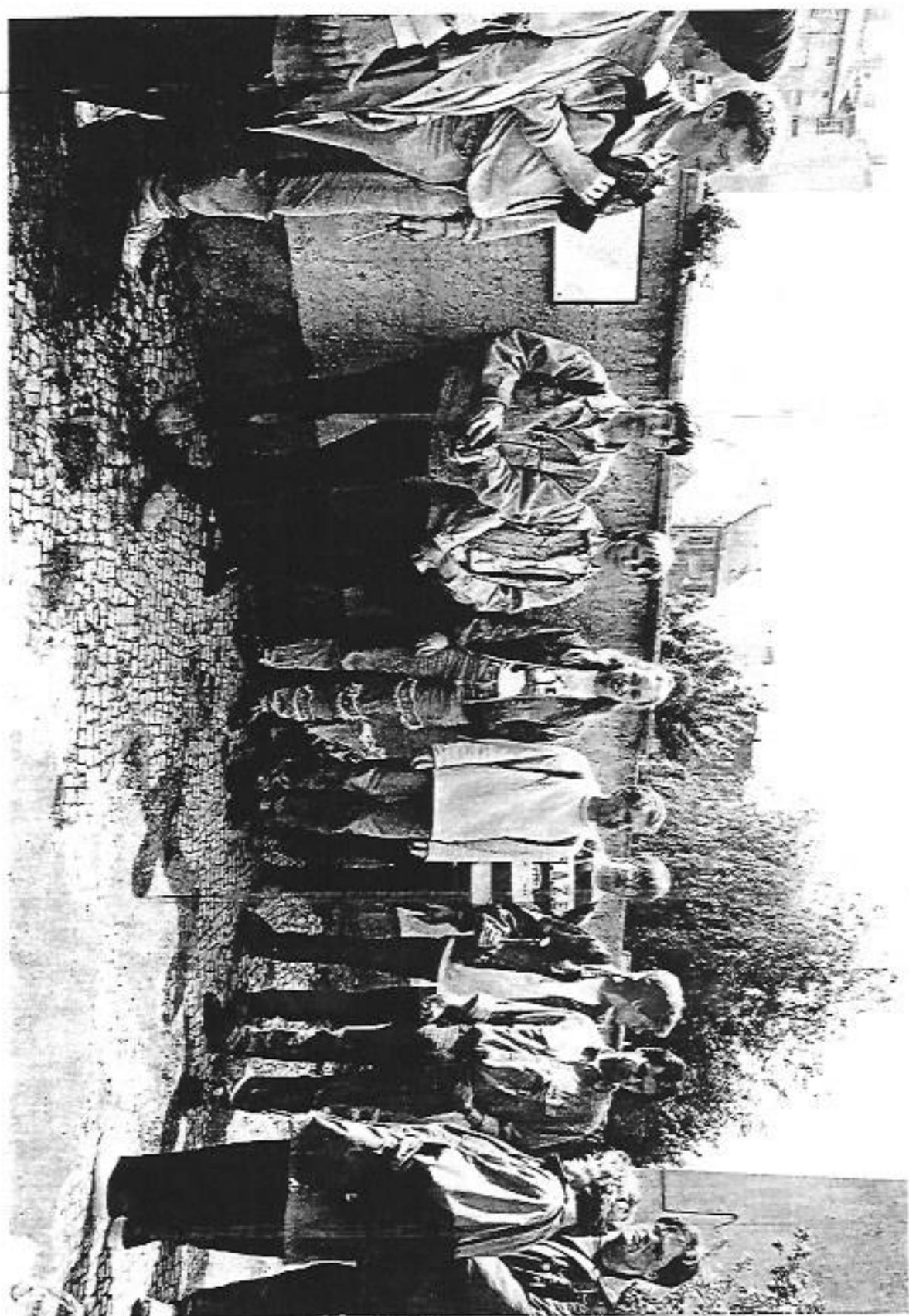


Foto: Jürgen Henschel

## EHEMALIGES FREMDARBEITERLAGER IN BERLIN-NIEDERSCHÖNEWEIDE

### *Darstellung*

Im Rahmen der vorbereitenden Untersuchungen zur förmlichen Festlegung eines Sanierungsgebietes (§ 141 BauGB) für Berlin-Niederschöneweide/Schnellerstraße wurde eine historische Recherche im Auftrag der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen durchgeführt. (Die Entscheidung, ob dieses Gebiet zum Sanierungsgebiet erklärt wird, wird wahrscheinlich im Juni diesen Jahres getroffen werden.)

Die Recherche ergab, daß es sich bei den "Baracken" auf dem Gelände Britzer Str./Köllnische Str./Rudower Str. um ein ehemaliges Fremdarbeiterlager aus der NS-Zeit handelt. Dieses Lager war in der bis dahin veröffentlichten Geschichtsforschung nicht erwähnt.

Das ehemalige Lager ist vollständig erhalten. Es besteht aus zwölf "Baracken" z. T. unterschiedlicher Größe und einem zentralen Wirtschaftsgebäude. Teilweise sind diese Gebäude stark überformt. Die räumliche Situation hingegen, die strenge symmetrische Struktur der Anlage, ist authentisch.

Heute werden die Gebäude von kleinen Gewerbebetrieben, dem Bundesgesundheitsamt und sozialen Einrichtungen genutzt.

Die Recherche stützt sich im wesentlichen auf die Befragung von Zeitzeugen sowie auf die Verarbeitung von Primär- und Sekundärquellen. Mangels ergiebiger schriftlicher Quellen (im wesentlichen ließen sich die Eigentums- und Mietverhältnisse rekonstruieren, Auftraggeber, Bestimmung des Lagers sowie bauliche Fragen dokumentieren; Angaben über Belegungsstärke, Lagerinsassen und ihre Lebensverhältnisse fanden sich jedoch in dem derzeit gesichteten Material nicht) kam der Zeitzeugenbefragung große Bedeutung zu.

Das Lager entstand in einem Eichen-Kiefernwald; südwestlich davon befand sich eine Kleingartenanlage. Nördlich und westlich der Lagerfläche stehen bis heute mehrgeschossige Wohngebäude der Gründerzeit, so daß die damaligen Anwohner direkten Einblick in die Anlage hatten.

Das ehemalige Fremdarbeiterlager wurde im Herbst 1943 durch den "Generalbauinspektor der Reichshauptstadt" zur Unterbringung von 2160 Fremdarbeitern gebaut. Im Gegensatz zu den Holzbaracken der meisten ähnlichen Lager wurden in der Köllnischen Straße Massivbauten, d. h. Stein"baracken" errichtet. Diese sind z. T. mit Luftschutzanlagen unterkellert. Hierzu ist zu bemerken, daß diese massiven Luftschutzanlagen ein äußerst ungewöhnliches Charakteristikum für eine übliche Unterkunfts"baracke" darstellen;

(Der Begriff "Baracke", der zunächst einmal ein provisorisches Gebäude meint, das nur temporär genutzt wird, kann für die Bauten dieses Lagers u. E. nur bedingt angewendet werden; Es handelt sich hier vielmehr um ein in Massivbauweise gefertigtes "barackenähnliches" Gebäude mit Luftschutzunterkellerung.)

Das Lager war laut Augenzeugenberichten mit einem an Betonpfeilern befestigten scherenförmigen Holzzaun von ca. 1,55 Meter Höhe umzäunt.

Insassen des Lagers waren vermutlich sogenannte "Westarbeiter", Italiener, Franzosen, evtl. Holländer einerseits und sogenannte "Ostarbeiter", Polen und Ukrainer andererseits, Männer und Frauen, evtl. auch Kinder. Es ist möglich, daß "Freiwillige" und "Deportierte" in unterschiedlichen Teilen des Lagers zu unterschiedlichen Bedingungen lebten.

Wegen der Doppelung von ursprünglichen Funktionen und deren strikter baulicher Trennung im Wirtschaftskomplex sowie wegen der ursprünglichen Doppelbezeichnung (GBI-Lager 75/76) wird angenommen, daß hier zwei voneinander relativ unabhängige Lagerteile angelegt wurden oder angelegt werden sollten.

Mittlerweile muß angenommen werden, daß in einem Teil des Lagers für kurze Zeit ein aus Frauen bestehendes KZ-Außenkommando untergebracht war.

Möglich ist auch, daß in einem anderen Teil des Lagers Kriegsgefangene interniert waren.

Die meisten Lagerinsassen dürften jedoch Zivilarbeitskräfte gewesen sein, die im wesentlichen in den umliegenden Rüstungsbetrieben Ober- und Niederschöneweides (z. B. im Kabelwerk Oberspree, im Transformatorenwerk der AEG, bei der Firma Pertrix, im Panzermotorenwerk Maybach/Nordbau, im Reichsbahnausbesserungswerk am Adlergestell u. ä.) sowie der näheren Umgebung beschäftigt waren.

Über die Anzahl der tatsächlich untergebrachten Lagerinsassen können bisher keine gesicherten Angaben gemacht werden.

Dazu, ob und inwieweit das Lager in der Köllnischen Straße zu den "Zwangsarbeiterlagern" zu zählen ist, läßt sich im Augenblick keine klare Aussage treffen.

Das Lager in der Köllnischen Straße spiegelt jedoch durch seine Struktur die Intention einer solchen Anlage wider: Neben der bloßen Unterkunft dienten diese Lager der Isolierung und Kontrolle ihrer Insassen aus rasseideologischen Gründen. Bei der Errichtung der Fremdarbeiterlager spielten von Anfang an rassistische und repressive Momente eine Rolle und dementsprechend gestalteten sich die politischen Vorgaben, die Planung, Gestaltung und Ordnung der Lager.

Nachdem die "Baracken" das Kriegsende mehr oder weniger unbeschädigt überdauert hatten, ist für den Sommer 1945 die teilweise Nutzung der Gebäude durch die Rote Armee belegt.

Bereits nach kurzer Zeit des Leerstandes siedelten sich in den "Baracken" verschiedene gewerbliche und öffentliche Einrichtungen an. Auch wenn Rechtsformen oder Betreiber wechselten, blieben die meisten Nutzer bis heute. Bezeichnend für die Steingebäude in der Köllnischen Straße ist die Vielfalt und Flexibilität ihrer Nutzungen.

Der größte Teil der Gewerbetreibenden und Nutzer ist mit dem Standort zufrieden. Von einigen Betreibern sind jedoch Modernisierungen und Erweiterungen bzw. Abriß und Neubau geplant. Dies kann zu erheblichen Veränderungen an einzelnen Gebäuden wie auch am Gesamtcharakter der Anlage führen.

Trotz der Recherche gibt es viele offene Fragen. Es besteht weiterhin Untersuchungsbedarf, um die "Ereignisgeschichte" des Lagers zu erforschen.

Auf dem Gebiet lastet ein erheblicher Veränderungsdruck. Dieser geht sowohl von den Nutzern als auch von den planenden Behörden aus, die eine Neuordnung des Gebietes aufgrund der stadtplanerischen Erfordernisse im Gebiet wünschen. Im Abwägungsprozeß spielte die historische Bedeutung der Gebäude bisher eine geringe Rolle.

#### *Vorschläge zur Erhaltung und zukünftigen Nutzung der Anlage*

Die historische Bedeutung liegt darin, daß es sich bei dieser Anlage in der Köllnischen Straße um das *einzig* (bisher bekannte) als *Ensemble erhaltene Fremdarbeiterlager aus der NS-Zeit* (von über 600 Lagern) in Berlin handelt.

Daher sollten die überkommenen Gebäude bzw. die Anlage möglichst vollständig erhalten bleiben. Eine neue Nutzungskonzeption sollte nur in enger Abstimmung mit denkmalpflegerischen Belangen entwickelt werden.

Zu diesem Vorschlag führen folgende Überlegungen:

Sowohl die historische Bedeutung als wohlmöglich einzig erhaltenes "materielles" Zeugnis des massiven "Einsatzes" von Fremd- und Zwangsarbeitern in der deutschen Kriegswirtschaft als auch die bauliche Bedeutung der Anlage als vielleicht das letzte weitgehend erhaltene Lager aus der Zeit des Nationalsozialismus im Land Berlin bzw. in der BRD, rechtfertigen eine Unterschutzstellung als städtebauliches Ensemble.

Es ist nicht zu vergessen, daß vor allem während des Krieges, insbesondere aus rüstungswirtschaftlichen Gründen, immer mehr ausländische Arbeiter aus ganz Europa zur Zwangsarbeit nach Deutschland gebracht bzw. verschleppt wurden. Die NS-Rassenideologie bildete den Hintergrund für die völkerrechtswidrigen Vergehen, die bis heute kaum eine "Wiedergutmachung" erfahren haben.

Darüber hinaus könnte die Anlage eine wichtige Ergänzung zur Gesamtdarstellung der Bautätigkeit im Nationalsozialismus sein. Sie dokumentiert beispielhaft die massive Lagerbautätigkeit im Dritten Reich.

An diesem Ort bestünde die neuerliche Chance, sich einem bisher eher verdrängten Ausschnitt deutscher Sozial- und Baugeschichte zu nähern. Das Thema des Fremd- und Zwangsarbeiter"einsatzes" während des Nationalsozialismus könnte anhand der noch vorhandenen Gebäude in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert werden. Bei einer Abräumung des Geländes würde diese Chance hingegen verspielt werden.

In einem besonderen Verfahren, wie z. B. einem Hearing mit Experten für die Geschichte des Nationalsozialismus und der Denkmalpflege, betroffenen Gewerbetreibenden und Institutionen sowie den für die weitere städtebauliche Entwicklung Verantwortlichen, sollten der Stellenwert des Lagers diskutiert und konsensfähige Lösungsansätze für die weitere Entwicklung formuliert werden.

Der Fund des ehemaligen Lagers hat bisher gezeigt, daß sich die Auseinandersetzung mit dem Gebiet bzw. mit dem Thema des "Ausländereinsatzes" im Dritten Reich schwierig gestaltet. Dies vor allem im Bezirk Treptow, der sich nun mit den vorangegangenen Überlegungen konfrontiert sieht. Mit dem Erhalt einer "Baracke" würde sich der Bezirk wohl einverstanden erklären. Er sieht es jedoch offenbar nicht als seine Aufgabe an, einen Gesamterhalt auf der Basis der vorhandenen Nutzung zu prüfen, zumal alle Stammgebäude aus bautechnischer Sicht und gerade wegen ihrer vielseitigen Nutzbarkeit erhaltenswert wären.

Während sich die angesprochenen Institutionen, wie z. B. das Aktive Museum, die Antifa Treptow, die Berliner Geschichtswerkstatt, die Stiftung Topographie des Terrors u. ä. , und die Experten, wie z. B. Prof. L. Demps (HU), einig waren, daß man sich für den (teilweisen) Erhalt dieser Anlage und deren teilweisen Nutzung als Gedenkstätte und Dokumentations- und Nachweisstelle über das Schicksal ausländischer Arbeiter einsetzen muß, deuteten sich bereits an entsprechenden Stellen im Bezirk Schwierigkeiten an.

Bisher scheint es so, daß man auf Unverständnis der ganzen Problematik gegenüber stößt. Eine Auseinandersetzung mit dem Gelände scheint eher unerwünscht zu sein, weil dadurch eine Verhinderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Gebietes befürchtet wird. Diese Befürchtung ist jedoch insofern unberechtigt, weil eine (Teil-) Erhaltung der Anlage gerade mit dem Verbleib der dort ansässigen Nutzern angestrebt wird.

Nun handelt es sich jedoch um keine Diskussion, die bezirksintern unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt werden darf.

Der verantwortliche Umgang mit der Geschichte und die politische Brisanz dieses speziellen Themas verböten eine unreflektierte Veränderung durch Umnutzung, Abriß und Neubau.

Es scheint, als bestünde derzeit noch kein ausreichendes Bewußtsein für die Bedeutung dieser einzigen (bisher bekannten) komplett erhaltenen Anlage und damit ihrer möglicherweise internationalen Dimension.

Gerade dieses Bewußtsein sollte durch ein Hearing geschärft werden.

Im März 1994 wurde dieses Thema vom Kulturausschuß Treptow behandelt. Auf der Sitzung wurde die beabsichtigte Errichtung einer Schule und evtl. von Wohnungen auf dem Gelände erneut thematisiert.

Zwar zeigten sich einige Mitglieder von der Gesamtproblematik beeindruckt, bedauerlicherweise wurde dem Bezirk ein Hearing jedoch nicht empfohlen.

Die Anhörung von Experten und Planungsbetroffenen als der wahrscheinlich sinnvollste Weg, sich der Thematik zu nähern und ihr gerecht zu werden, ist hier jedoch vertan worden.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß es bisher keine einheitliche und abschließende Position zur Erhaltungswürdigkeit und städtebaulichen Weiterentwicklung der Anlage gibt.

Zwar ist die Denkmalpflege an der Erhaltung der Gesamtstruktur der Anlage interessiert, mindestens aber an der Erhaltung einer Baracke wegen ihrer historischen Substanz, verheißt jedoch auch nicht die politische "Rücksichtnahme" bei ihrer Entscheidungsfindung.

Nun sehen sich verschiedene Initiativen, wie z. B. das Aktive Museum, die Antifa Treptow und die Berliner Geschichtswerkstatt verpflichtet, sich in ihrem Rahmen der Sache anzunehmen und die Problematik in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen, denn bisher wurde es immer wieder versäumt, sich zu diesem Thema der Öffentlichkeit zu stellen und wissentlich ein ehemaliges Fremdarbeiterlager bzw. eine noch erhalten gebliebene "Baracke" unter Schutz zu stellen.

Weder hat bisher in der BRD eine ausreichende "Wiedergutmachung" der Opfer von Zwangsarbeit im Dritten Reich stattgefunden noch eine ausreichende öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema. Daher wäre es wünschenswert, wenn man diese Chance hier nicht verpaßte und eine Konsenslösung für die Einrichtung eines zentralen Ortes des Gedenkens für die Opfer unter den ausländischen Arbeitern fände.

Die Zwangsarbeit von Millionen von Ausländern, die ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Kriegswirtschaft während des Dritten Reiches war und mit rassistischer und ausbeuterischer Intention durchgeführt wurde, würde die Erhaltung dieses Ortes rechtfertigen, vor allem auch, weil an anderer Stelle diesen Opfern kaum Gerechtigkeit widerfahren ist bzw. widerfährt (finanzielle Entschädigungen ~~finden~~ bzw. finden nur unter Schwierigkeiten und in geringem Umfang statt).

Das bloße Anbringen einer Gedenktafel würde den Opfern der Zwangsarbeit nicht ausreichend gerecht werden.

Es muß eine intensivere Aufarbeitung dieses Themenkomplexes stattfinden, z. B. in Form einer Ausstellung innerhalb der Gedenkstätte, die z. B. in einem Teil einer "Baracke" in der Köllnischen Straße errichtet werden könnte. Darüber hinaus könnten dort eine zentrale Dokumentations- und Nachweisstelle über das Schicksal ausländischer Arbeiter, eine Bildungs- und Begegnungsstätte sowie ein Archiv für Betriebsunterlagen, die ansonsten wohlmöglich der Vernichtung preisgegeben wären, eingerichtet werden. Laut Prof. L. Demps sind wichtige Firmenarchivbestände, die den "Fremdarbeitereinsatz" in Berlin dokumentierten, in der Zeit der "Wende" "verloren gegangen", die vorher noch einsehbar waren.

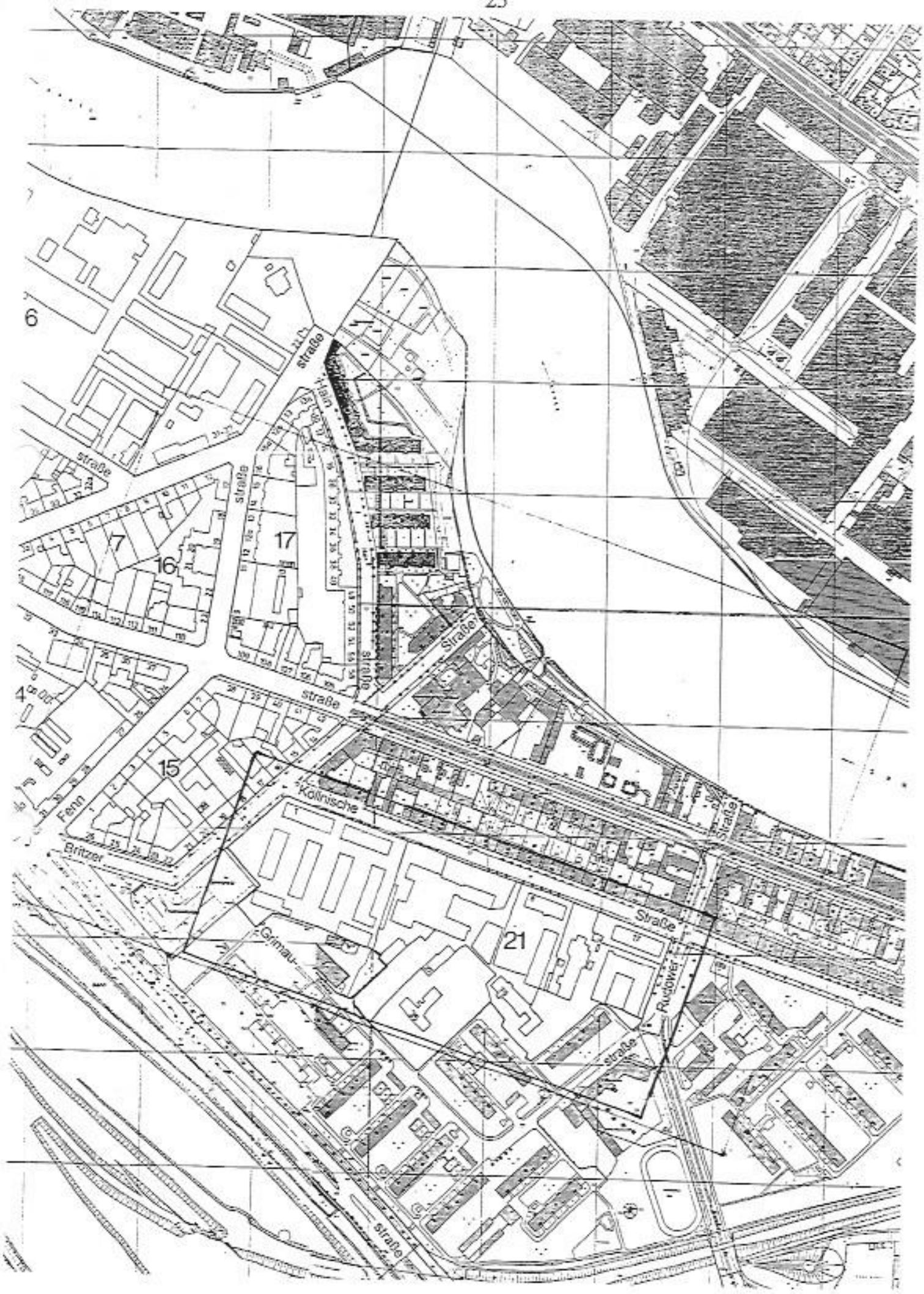
Da Treptow eines der ehemaligen Zentren für Rüstungsindustrie war, würde sich eine enge Verknüpfung der Gedenkstätte mit der Aufarbeitung der einzelnen Betriebsgeschichten anbieten.

Berliner Geschichtswerkstatt, April 1994

PS: Zu dem Projekt "ZwangsarbeiterInnen", das sich derzeit noch in der Entstehungsphase befindet, würde sich die Geschichtswerkstatt über weitere MitarbeiterInnen freuen!

Wer Interesse hat, möchte sich bei

Manuela Dörmenburg Tel. 215 91 71 oder Gisela Wenzel Tel. 784 90 39 bzw. in der Geschichtswerkstatt melden.



Christine Fischer-Defoy am 22. 6. 1994 in der Köpenickerstr. 76

Die Initiative zur Anbringung dieser Tafel ging vom Bund der Antifaschisten Berlin-Mitte aus, der uns auf das bisher weitgehend unbekanntere Treffen vom 22. Juni 1944 aufmerksam machte, das hier heute vor 50 Jahren stattgefunden hat. Der Verein Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin hat Regina Scheer gebeten, die historischen Fakten zu recherchieren und auf dieser Basis haben wir uns mit dem Bund der Antifaschisten auf einen gemeinsamen Text für diese Tafel geeinigt.

Wir wollen damit an ein Ereignis erinnern, das in der Geschichte des deutschen Widerstands gegen den Nationalsozialismus leider einmalig blieb: die Zusammenkunft führender Vertreter verschiedener politischer Richtungen des Widerstands im Vorfeld des Attentats vom 20. Juli 1944. Sabine Reichwein, die Tochter von Adolf Reichwein, wird in ihrem Redebeitrag näher darauf eingegangen, was hier vor 50 Jahren beraten wurde und wer daran teilgenommen hat.

Diese Tafel ist keine Ehrentafel, die einer einzelnen Persönlichkeit gewidmet ist. Dies ist eine "Denk-Tafel" in dem Sinne, daß sie ein Ereignis ins kollektive Gedächtnis dieser Stadt rückt und daß sie zum Nachdenken hierüber anregt. Sie enthält sich bewußt einer Wertung der beteiligten Personen, über deren Rolle es, was Ernst Rambow betrifft, bis heute viele Spekulationen gibt.

Lassen Sie mich deshalb hierzu einige wenige Sätze sagen:

Ernst Rambow, der seit 1919 erst der USPD und dann seit 1920 der KPD angehörte, war nach dem Reichstagsbrand 1933 verhaftet worden und blieb bis Juli 1933 in "Schutzhaft" im KZ Sonnenberg. Am 14. Dezember 1933 wurde er erneut verhaftet und 1934 wegen Beteiligung am Widerstand zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Bis 1940 saß er in Haft, nach seiner Entlassung nahm er seine politische Arbeit wieder auf, blieb jedoch unter Gestapo-Beobachtung. Bei der Verhaftung von Adolf Reichwein, Franz Jacob und Julius Leber blieb er unbehelligt. Im Sommer 1945 wurde er verhaftet, als Spitzel beschuldigt und den Sowjetbehörden ausgeliefert. Hier verlieren sich bis heute seine Spuren. Sein Todesdatum wurde auf den 31. 12. 45 festgelegt.

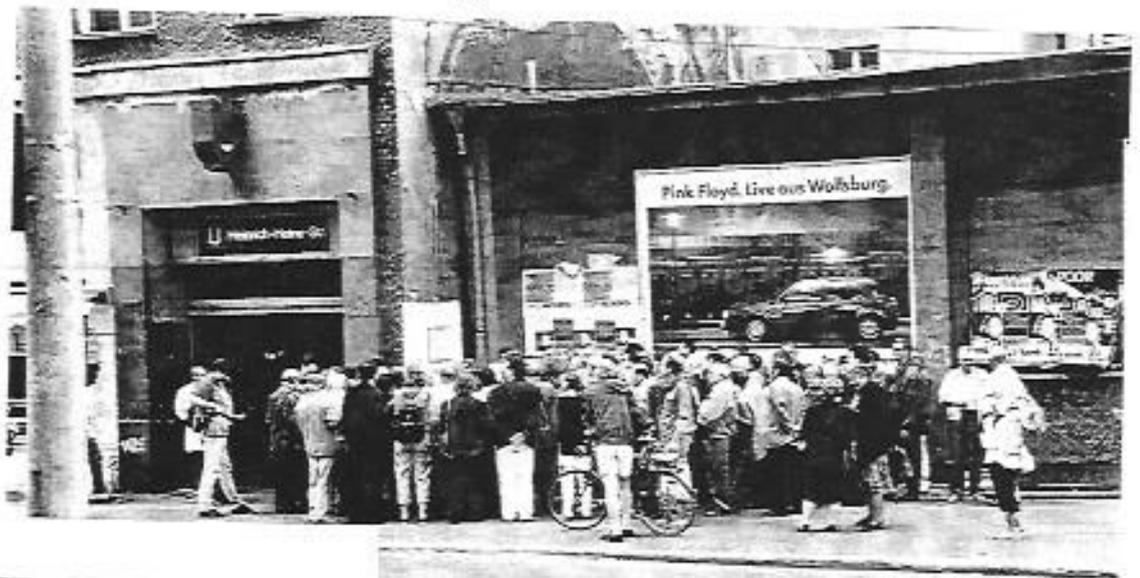
Ernst Rambow war, so können und müssen wir heute sagen, Opfer und Täter zugleich. Wie weit er in die Verhaftungen verstrickt war, die dem Treffen vom 22. Juni 1944 folgten, ist bis heute nicht eindeutig belegt. Hätten wir ihn deshalb von dieser Tafel streichen sollen?

Unumstritten ist doch, daß er an dieser Zusammenkunft teilgenommen hat. Würden wir ihn heute, nachdem fast 50 Jahre über seine Rolle geschwiegen oder hinter vorgehaltenen Hand spekuliert wurde, weiter verschweigen, so kämen wir der Wahrheit nie auf die Spur. Ursel Ertel-Hochmuth hat erst jetzt hierzu Einzelheiten veröffentlicht und kann dazu Auskunft geben.

Es kann jedoch nicht Ziel unserer Arbeit sein, mit der Debatte um Ernst Rambow alle anderen aus dem Blickfeld zu verdrängen, die mit dem Ziel einer Zusammenarbeit bei der Befreiung Deutschlands von der Nazi-Diktatur hier ihr Leben riskiert haben. Sollen wir deshalb entwerten, worum es hier am 22. Juni 1944 eigentlich ging?

Es ist nicht unsere Aufgabe, die Geschichte des Widerstands erneut zu glätten und von Widersprüchen zu bereinigen, wie dies in Ost wie West über lange Zeit geschehen ist. Es darf keine weißen Flecken geben und keine Tabuzonen, auch wenn dies im einzelnen für die Betroffenen und ihre Angehörigen schmerzhaft ist, was ich sehr gut nachempfinden kann. Umso dankbarer bin ich Sabine Reichwein und Ursel Ertel-Hochmuth, daß sie heute an dieser Veranstaltung teilnehmen.

In diesem Sinne ist dies bewußt eine provisorische Tafel, die vom Bezirk Mitte hoffentlich bald durch eine endgültige Tafel mit präziserem Text ersetzt wird. Die dafür zuständige Historische Kommission zu Berlin wird dann abschließend über die Fakten urteilen. Unsere Rolle als "Aktives Museum" sehen wir vielmehr darin, im positiven Sinne Staub aufzuwirbeln, damit die historische Wahrheit ans Licht kommt.



Hier, in der Köpenicker Str. 76, in der Wohnung des Arztes Dr. Rudolf Schmid, trafen sich am Abend des 22. Juni 1944 führende Sozialdemokraten und Kommunisten, um über Deutschland nach Hitlers Ende zu beraten. An der Begegnung nahmen Franz Jacob, Julius Leber, Ernst Rambow, Adolf Reichwein, Anton Saefkow und Ferdinand Thomas teil. Vor dem zweiten Treffen am 4. Juli 1944 schlug die längst informierte Gestapo zu. Hunderte Nazigeegner aller Schichten wurden verhaftet. Zu den Hingerichteten gehörten:

Franz Jacob 9. 8. 1906 - 18. 9. 1944

Julius Leber 16. 11. 1891 - 5. 1. 1945

Adolf Reichwein 3. 10. 1898 - 20. 10. 1944

Anton Saefkow 22. 7. 1903 - 18. 9. 1944

Ferdinand Thomas 30. 4. 1913 - 20. 11. 1944

22. 6. 1994

Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.  
Bund der Antifaschisten Berlin-Mitte e.V.

Ulrich Roloff-Momin

Rede zur Gedenktafelaktion des  
Aktiven Museums am 22.6.94

Kaum je in der Geschichte der Bundesrepublik hat es so heftige öffentliche Debatten um den deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus gegeben, wie in jüngster Zeit. Das ist zunächst einmal positiv, denn lange galt im Westen der militärische Umsturzversuch vom 20. Juli 1944 unbestritten als Inbegriff des Widerstands überhaupt, während er im Osten Deutschlands - ebenso unbestritten - als bürgerlich-reaktionärer Rettungsversuch der letzten Stunde interpretiert wurde. Hier stand gleich nach Beendigung des Krieges die Identifikation mit dem Widerstand der Arbeiterbewegung im Vordergrund. Jetzt erst scheint es möglich, die Widerstandsforschung von ideologischen Vereinnahmungen zu befreien und in den Streit um ihre objektive Bewertung einzutreten.

Deshalb kommt der Gedenktafel, die heute hier in der Köpenickerstraße angebracht wird, eine besondere Bedeutung zu: Sie erinnert an ein Ereignis, das erst jetzt in seiner Tragweite für den deutschen Widerstand angemessen gewürdigt werden kann.

Hier an diesem Ort fand vor 50 Jahren im Vorfeld des Attentats vom 20. Juli 1944 eine Zusammenkunft führender Vertreter der verschiedenen am Widerstand beteiligten Gruppen und Organisationen statt. Dazu gehörten neben den Kommunisten die Sozialdemokraten Julius Leber und Adolf Reichwein, die beide nach Stauffenbergs Vorstellungen im "Schattenkabinett" einer demokratischen Regierung für Ministerposten im befreiten Deutschland vorgesehen waren.

Nun endlich, im elften Jahr nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten, schien das möglich, was bereits 1933 notwendig gewesen wäre, um in Deutschland und der Welt die Ermordung von Millionen Menschen zu verhindern. Dazu ist es 1933 nicht gekommen, und auch 1944 wurde eine solche Zusammenarbeit innerhalb weniger Wochen von der Gestapo im Keim erstickt.

Ich will hier nicht auf Einzelheiten dieses 22. Juni 1944 eingehen, das ist Sache der Geschichtsforschung, die sich diesem Thema nun vorbehaltlos und ohne ideologische Scheuklappen annehmen kann. Die Bedeutung dieses Ereignisses liegt für mich in dem Symbolgehalt, den dieses Ereignis für den deutschen Widerstand hat.

Lassen Sie mich hier deshalb noch einmal betonen, was ich im Zusammenhang mit den jüngsten Debatten um die "Gedenkstätte Deutscher Widerstand" gesagt habe: Für mich ist dieser Widerstand unteilbar, und es gehören alle Menschen dazu, die Hitler und das Herrschaftssystem des Nationalsozialismus zu beseitigen versuchten - unabhängig davon, was sie nach 1945 getan haben:

- dazu gehören die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter, die 1933 Flugblätter verteilten und der Rüstungsindustrielle Oskar Schindler;

- dazu gehören die jüdischen Jugendlichen um Herbert Baum und die christlichen Pfarrer der "Bekennenden Kirche";
- dazu gehören die Münchner Studenten und die Hamburger Hafendarbeiter;
- dazu gehören die Künstler und Schriftsteller, die von der Gestapo "Rote Kapelle" genannt wurden;
- dazu gehören auch diejenigen, die nach 1933 emigrieren mußten, und vom Exil aus ihren Kampf fortsetzten;
- dazu gehören aber auch die Wehrmachtsangehörigen, die sich in der Kriegsgefangenschaft im "Nationalkomitee Freies Deutschland" oder im "Bund deutscher Offiziere" zusammengeschlossen haben, um zur Beendigung des Krieges beizutragen;
- und dazu gehören die Militärs des 20. Juli 1944 ebenso wie die jungen Deserteure, die noch wenige Tage vor Kriegsende am Bahnhof Friedrichstraße erschossen wurden.

Sie alle verbindet, daß sie ihr Leben und das ihrer Angehörigen und Freunde einsetzten für ein gemeinsames Ziel: den Sturz der Nazi-Diktatur und die Befreiung Deutschlands.

Deshalb stehe ich vorbehaltlos hinter dem wissenschaftlichen Konzept der "Gedenkstätte Deutscher Widerstand", die gesamte Breite des Widerstands zu dokumentieren, auch wenn dies möglicherweise für Einzelne der an diesem Widerstand Beteiligten schmerzhaft ist.

Es kann und darf nicht sein, daß wir diesen Widerstand erneut parzellieren und parteipolitisch vereinnahmen. Wir würden damit nur wiederholen, was 1933 eine breite Oppositionsbewegung gegen die Machtübergabe an Hitler zum Scheitern gebracht hat. Hierin sehe ich die Botschaft, die in der Erinnerung an den 22. Juni 1944 liegt.

Was wäre aus Deutschland geworden, hätte dieser 22. Juni 1944 zu einer Zusammenarbeit geführt? Und wäre das Attentat erfolgreich verlaufen und das Naziregime von Deutschen gestürzt worden? Der Welt wäre ein weiteres Jahr des Krieges und des Völkermordes erspart geblieben, den Deutschen die Sinnlosigkeit des selbstzerstörerischen Durchhaltens bis zur letzten Minute. Auch wir hätten dann unseren "D-Day", an dem wir uns in Würde in den Kreis der anderen am Zweiten Weltkrieg beteiligten Nationen einreihen könnten.

So aber bleibt uns nur die Identifikation mit dem "besseren Deutschland", für das die Frauen und Männer des deutschen Widerstands stehen. An sie zu erinnern, nicht nur an feierlichen Jahrestagen, nicht nur in der "Gedenkstätte Deutscher Widerstand" sondern im alltäglichen Leben, mit Gedenktafeln und mit Straßennamen, sollte daher eine unbestrittene Selbstverständlichkeit sein.

Das gilt nicht nur für die Frage, ob die "Niederkirchnerstraße" eine würdige Adresse für das Berliner Abgeordnetenhaus ist. Dies gilt auch für den Streit, ob in Oranienburg Straßen nach ehemaligen Häftlingen des KZ Sachsenhausen benannt werden dürfen.

Lassen Sie mich daher zum Schluß einen Mann zitieren, der zum Stauffenberg-Kreis gehörte, Henning von Tresckow, der nach dem 22. Juni 1944 und der Verhaftung von Leber und Reichwein auf die Frage Stauffenbergs, ob es für die Attentatspläne damit zu spät sei, geantwortet hat:

"Das Attentat muß erfolgen, coûte que coûte. Sollte es nicht gelingen, so muß trotzdem in Berlin gehandelt werden. Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, daß der deutsche Widerstand vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat. Alles andere ist daneben gleichgültig."



Fotos: Georg Armbrüster

Sabine Reichwein am 22. 6.:

Diese Tafel erinnert daran, daß vor 50 Jahren an dieser Stelle, in der Wohnung des Arztes Dr. Rudolf Schmid, eine Begegnung stattgefunden hat, die schließlich die Ereignisse am 20. Juli 1944 mit herbeigeführt hat. Nach Absprachen mit Claus v. Stauffenberg trafen an diesem Ort zwei Mitglieder des Kreisauer Kreises, Julius Leber und mein Vater Adolf Reichwein mit Mitgliedern des kommunistischen Widerstands zusammen.

Ferdinand Thomas hatte diese erste Begegnung zwischen den beiden Sozialdemokraten und den Kommunisten Anton Saefkow und Franz Jacob vermittelt.

Mitgekommen war jedoch - der Verabredung nicht entsprechend - ein dritter Mann, dessen Identität unklar blieb, weil während dieser Begegnung keine Namen genannt werden sollten. Julius Leber wurde von einem der Kommunisten erkannt und versehentlich doch mit seinem Namen angesprochen.

Dennoch übernahm er die Wortführung bei diesem ersten Gespräch und es kam zu einer Annäherung unter den Beteiligten und schließlich zu dem Beschluß, sich erneut am 4. Juli zu treffen. Alle waren davon überzeugt, daß der Widerstand in der damaligen Situation unbedingt erweitert und unter Zusammenschluß möglichst zahlreicher Gruppen geleistet werden mußte. Aber am 4. Juli wurden schon auf dem S-Bahnhof Reichskanzlerplatz, heute Heerstraße, Anton Saefkow, Franz Jacob und Adolf Reichwein von der Gestapo verhaftet.

Julius Leber holte man einen Tag später aus seinem Haus ab, weil er aus Mißtrauen nicht zu dem zweiten Treffen gekommen war.

Nach diesem Ereignis geriet der dritte Mann in den Verdacht, die Mitglieder des ersten Treffens an die Gestapo verraten zu haben und sein Name wurde aufgrund von Zeugenaussagen und Gerichtsdokumenten ebenfalls bekannt.

Sein Name steht auch auf dieser Informationstafel - da er am 22. Juni bei dem Gespräch dabei war. Als ich beim Lesen dieses Tafeltextes in alphabetischer Reihenfolge zwischen Julius Leber und Adolf Reichwein auf diesen Namen - Ernst Rambow - stieß, war ich schockiert und davon überzeugt, daß der Name dieses Mannes, der bis heute noch unter dem Verdacht steht, die Namen der Gesprächsteilnehmer der Gestapo preisgegeben zu haben, nicht auf einer Gedenktafel zwischen den Namen der später von den Nazis Hingerichteten stehen darf!

Diese Tafel, so weiß ich nun nach intensiven Gesprächen mit dem Vorstand des Aktiven Museums, ist zunächst als Provisorium erstellt worden, das lediglich an das geschichtliche Ereignis am 22. Juni 1944 erinnern will. Auch dieser verzweifelte Schritt auf dem Weg, Hitler zu stürzen, ist gescheitert.

Ich bin heute trotz meiner Bedenken und der meiner Familie gegen diese provisorische Informationstafel hierher gekommen, weil ich mit den Bemühungen des Aktiven Museums um eine wahrheitsgetreue lückenlose geschichtliche Aufarbeitung der Hitler-Diktatur in den Grundsätzen übereinstimme und weil auch ich die einseitige Darstellung des Widerstandes in der Öffentlichkeit durch Reduzierung auf die jährlichen Feiern zum 20. Juli 1944 unter der Regie von Parteipolitikern nicht gutheiße. Statt dessen sollte die interessierte Bevölkerung auch zu den Feiern eingeladen werden, und sollten Historiker, Angehörige und Zeitzeugen wie überhaupt auch die anderen Widerstandsgruppen an der Gestaltung dieses Tages des Erinnerns beteiligt werden.

Darum bleibt meine Bitte an das Aktive Museum, weitere Nachforschungen, auch in den Archiven Moskaus, vorzunehmen um der ganzen Wahrheit im Zusammenhang mit dem Ereignis des 22. Juni 1944 näher zu kommen, damit diese provisorische Informationstafel möglichst bald durch eine Gedenktafel ersetzt werden kann, eine Gedenktafel für Menschen, die es damals geschafft haben, sich über Parteigrenzen hinweg zu verständigen und gemeinsam dem Naziregime zu widerstehen.

Ursel Ertel-Hochmuth am 22. 6.:

Erlauben Sie mir zuerst, den Initiatoren der Gedenkveranstaltung, dem Bund der Antifaschisten Berlin-Mitte und dem Aktiven Museum Faschismus und Widerstand in Berlin Dank zu sagen, daß sie ein bisher weithin verdrängtes Ereignis aus der Geschichte des deutschen Widerstandes, eine Sternstunde aus dem Jahre 1944 in die Gegenwart geholt haben. In ihrer Erklärung, deren Grundtenor heutige Antifaschisten zusammenführen kann, fühlen meine Schwester Ilse Jacob und ich uns mitvertreten, ebenso die Saefkow-Töchter Edith Wahner und Bärbel Schindler-Saefkow. Sie erinnerte uns auch an einen früheren Versuch, Antinazis und Kriegsgegner zu vereinen, um die braune Zwangsherrschaft zu beseitigen: an das Antihitlerbündnis von 1936 mit seinem Aufruf für eine deutsche Volksfront, den Männer und Frauen wie Anna Siemsen, Heinrich Mann, Ernst Bloch, Rudolf Breitscheid, Wilhelm Pieck und Willy Brandt im Exil unterzeichnet hatten.

Hier in Berlin berieten vor 50 Jahren zwei Vertreter der Sozialdemokratie und zwei der illegalen KPD, Prof. Dr. Adolf Reichwein, Dr. Julius Leber, Anton Saefkow und Franz Jacob über die Beendigung von faschistischer Diktatur und Krieg und wie das Deutschland danach aussehen sollte. Die beiden Sozialdemokraten waren im Kreisauer Kreis engagiert, die beiden Kommunisten hatten mit anderen Antifaschisten begonnen, die Bewegung "Freies Deutschland" im Reich aufzubauen. An der Vorbereitung des Treffens unmittelbar beteiligt waren Weggefährten wie der Gastgeber Dr. Rudolf Schmid, Ferdinand Thomas, Friedrich Berntr, Judith Auer und Magnus Poser. Auch Dr. Theodor Neubauer war durch seine Flugschriften einbezogen; sie hatten Reichwein, Inspirator der Zusammenkunft, bestärkt, den Gedankenaustausch mit den Kommunisten aufzunehmen.

Zum Treffen in dem Haus, das hier einmal gestanden hat, hatte ein langer Weg geführt. Es war keine gerade Straße, es gab Umwege und es gab Steine, die fortgeräumt werden mußten. Eine entscheidende Erfahrung war dabei das faschistische Konzentrationslager. Für Anton Saefkow und Franz Jacob war es das KZ Fuhlsbüttel, für Saefkow später Dachau. Julius Leber und Bernhard Bästlein kamen zuerst nach Esterwegen; nachdem beide in das KZ Sachsenhausen überführt worden waren, trafen sie dort auf Franz Jacob. Unter extremen Ausnahmebedingungen konnten alte Berührungssängste, gegenseitige Vorurteile abgebaut werden, und es entstand Vertrauen. Ein Mitgefangener aus diesem Kameradenkreis hat überliefert, wie schon damals hinter Stacheldraht um ein Zukunftsbild des Landes und der Arbeiterbewegung gerungen wurde. Aus dem KZ entlassen gingen diese Männer erneut in den Widerstand. Ihre besondere Motivation begründete Bästlein 1942 in einer Erklärung vor der Gestapo: "Der erste Faktor war meine siebenjährige Haft, davon vier Jahre in Konzentrationslagern, während der ich entsetzliche Dinge erlebt, gesehen und gehört habe. Diese Zeit hat mir jede Möglichkeit des Zweifels im Hinblick auf meine weltanschauliche Grundeinstellung genommen, daß eine Gesellschaftsordnung, in der solche Dinge möglich sind, ...beseitigt werden muß...Der zweite Faktor war der 1939 begonnene 2. Weltkrieg...So war meine Arbeit dazu bestimmt, so schnell wie möglich den Frieden und die Beendigung des...sinnlosen Blutvergießens herbeizuführen."

Die Zusammenkunft in der Köpenicker Straße 76 fand am dritten Jahrestag des Überfalls der Wehrmacht auf die Sowjetunion statt. Zwei Jahre nach Kriegsende hat der einzig Überlebende, Dr. Rudolf Schmid, die Ereignisse des 22. Juni 1944 so geschildert: "Das Gespräch...war im wesentlichen Frage und Antwort zwischen Leber und den Kommunisten...Freie Demokratie? Ja. Privateigentum? Ja, Konzerne und Großkapital ausgenommen...Grundbesitz, Bürgertum sollen im wesentlichen nicht angetastet werden. Auch die Kirchenfrage beurteilte man positiv." Zur Atmosphäre hielt Schmid fest: Die "erste Fühlungnahme...verlief in angenehmen Formen, man merkte, niemand wollte Störendes in den Gesprächen vorbringen. Es war auch klar, man wollte zusammenbleiben, man wollte sich verstehen, man hatte eine gemeinsame Aufgabe, von der verschiedene Auffassungen nicht ablenken durften". Diese hoffnungsvolle Entwicklung wurde gewaltsam abgebrochen. Die Gestapo griff ein, als sich im Innern des Landes ein nicht zu unterschätzendes Bündnis gegen Hitler und seinen Krieg anzubahnen schien.

Die genannten Widerstandskämpfer, Judith Auer, Franz Jacob, Julius Leber, Theodor Neubauer, Magnus Poser, Adolf Reichwein, Anton Saefkow und Ferdinand Thomas wurden Opfer des deutschen Faschistenregimes. Über Rambow, der - neben Schmid und Thomas - am 22. Juni Zuhörer gewesen war, ist hier schon verhältnismäßig viel gesagt worden; ich will dazu nur

anmerken, daß die von Sabine Reichwein vorgetragene Position mit meiner und der anderer Betroffener übereinstimmt.

Zuletzt noch persönliche Worte. Ich war drei Jahre alt, als mein Vater Walter Hochmuth 1934 emigrieren mußte. 1937 eingeschult, bin ich wie alle Anhörigen meiner Generation in dem von Hitler, Himmler und Goebbels geprägten Deutschland aufgewachsen. Aber meine Mutter, von der ich durch Gestaporingriff mehrmals getrennt wurde, hatte den bestimmenden Einfluß auf mein Empfinden und Denken. 1941 kam Franz Jacob zu uns und ermutigte mich auf seine Weise. Als meine Schwester unterwegs war, hatten wir eine besonders schöne familiäre Zeit. Sie wurde im Herbst 1942 durch die Verhaftungen in Hamburg unterbrochen; Franz mußte uns verlassen und flüchtete nach Berlin. Ich sah ihn zum letzten Mal im März 1944, als wir ihn heimlich bei Judith Auer besuchten. Am Abend spielte Judith für mich Kinderlieder auf dem Klavier. Wenige Monate später erfuhr ich im KLV-Lager, daß meine Eltern verhaftet worden waren. Dann schrieb meine Mutter aus dem Frauengefängnis Barnimstraße: "...und an Franz brauchst Du nun nicht mehr zu schreiben." Ich verstand sie sofort. Der Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg stärkte die Hoffnung, daß ich meine Mutter wiedersehen werde. Sie kehrte aus Ravensbrück zu uns zurück.

Noch heute scheint es mir manchmal, als ob mein Leben sich in zwei gleichlange Hälften teile, in die Jahre vor '45, und in die Zeit danach. Der heutige Tag ist darin ein besonderer, weil unsere Zusammenkunft am historischen Ort die Vergangenheit auf gute Weise mit der Gegenwart verbindet und einen optimistischen Impuls ausstrahlen kann. Wir sind Bürgerinnen und Bürger eines Landes, das 1990 nicht zusammenwachsen konnte; der kleinere Teil wurde an den größeren angeschlossen. Darüber, ob positive oder negative Folgen überwiegen, gibt es unterschiedliche Wertungen. Aber wir erleben seitdem, wie Intoleranz, Rassismus und nazistischer Ungeist erstarken und schon in einer Minderheit der jungen Generation Fuß fassen konnten. In der Tradition der Menschen, derer wir heute gedenken, wünsche ich mir, daß wir und andere wieder bewußt und offensiv an die Kreativität der Widerstandskämpfer anknüpfen und an die Konzeptionen, die sie von einem anderen Deutschland hatten.



Foto: Georg Armbrüster

Vorläufiges Programm  
für die Veranstaltungen anlässlich des 50. Jahrestages  
des 20. Juli 1944

---

(Änderungen vorbehalten)

Sonnabend, 16. Juli 1994

16.00 Uhr Kirche zu Potsdam-Bornstedt, Ribbeckstraße 40, 14469 Potsdam:  
Vortrag von Prof. Dr. Karl Otmar Freiherr von Aretin "Widerstand oder  
Verweigerung? - Die Kirchen im Dritten Reich".

Sonntag, 17. Juli 1994

11.00 Uhr Potsdam-Museum in Potsdam: Eröffnung der Ausstellung "Potsdam und  
der 20. Juli 1944", Vortrag von Prof. Dr. Peter Steinbach.

18.00 Uhr Polnisches Kulturinstitut Berlin, Karl-Liebknecht-Straße 1, 10178 Berlin-  
Mitte: "Die Aktivitäten der Stiftung Kreisau für europäische Verständigung,  
Eine Zwischenbilanz nach fünf Jahren des Wiederaufbaues"

Montag, 18. Juli 1994

15.00 Uhr Eröffnung der Ausstellung "Verfolgung und Terror nach dem 20. Juli  
1944" durch den Senator für Kulturelle Angelegenheiten Ulrich Roloff-  
Momin in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstraße  
13/14, 10785 Berlin-Tiergarten.

Dienstag, 19. Juli 1994

10.00 Uhr Filmveranstaltung in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Saal A:  
Der 20. Juli. Spielfilm von Falk Harnack (100 Minuten).

11.00 Uhr Palais am Festungsgraben, Festungsgraben 1, 10117 Berlin-Mitte:  
Enthüllung einer Gedenktafel für Prof. Dr. Johannes Popitz durch Herrn  
Bezirksbürgermeister Gerhard Keil und den Leiter der Gedenkstätte  
Deutscher Widerstand, Dr. Johannes Tuchel.

18.00 Uhr Empfang für geladene Gäste im Berliner Rathaus, 10173 Berlin-Mitte,  
durch den Regierenden Bürgermeister von Berlin Eberhard Diepgen.

20.00 Uhr Abendveranstaltung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in der  
Staatsbibliothek, Otto-Braun-Saal, Potsdamer Straße 33, 10785 Berlin-  
Tiergarten: Staatssekretär a.D. Hans von Herwarth "Wege in den  
Widerstand".

Mittwoch, 20. Juli 1994

- 9.30 Uhr            Evangelische Abendmahlsfeier und Heilige Messe in der Gedenkstätte Plötzensee, Hüttigpfad, 13627 Berlin-Charlottenburg.
- 12.00 Uhr            Zentrale Gedenkfeier der Bundesregierung und des Berliner Senats im Ehrenhof der Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Es spricht Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl.
- 16.00 Uhr            Kranzniederlegung in der Gedenkstätte Plötzensee. Es spricht Bundestagspräsidentin a.D. Dr. h.c. Annemarie Renger
- 18.00 Uhr            Ökumenischer Vesper-Gottesdienst in der Krypta der Gedenkkirche Maria Regina Martyrum, Heckerdamm 223, 13627 Berlin

Donnerstag, 21. Juli 1994

- 19.00 Uhr            Historikerpodium über die Einbeziehung des Nationalkomitees 'Freies Deutschland' in die Dokumentation der Gedenkstätte Deutscher Widerstand  
Moderation: Prof. Dr. Karl Otmar von Aretin  
Teilnehmer: Prof. Dr. Alexander Fischer, Prof. Dr. Walter Hofer, Prof. Dr. Klemens von Klemperer, Prof. Dr. Hans Maier, Prof. Dr. Hans Mommsen, Dr. Christian Müller, Prof. Dr. Heinrich Oberreuter, Prof. Dr. Peter Steinbach, Horst Zank

- Hinweise:            -            Für die Veranstaltungen um 12.00 und um 16.00 Uhr sind Einlaßkarten des Protokolls der Senatskanzlei des Landes Berlin erforderlich.

Öffnungszeiten der Gedenkstätte Deutscher Widerstand:

- |                  |                  |
|------------------|------------------|
| 16. und 17. Juli | 9.00 - 18.00 Uhr |
| 18. bis 21. Juli | 9.00 - 21.00 Uhr |
| 22. Juli         | 9.00 - 18.00 Uhr |



Arbeitsstätten-Konferenz 1.-3. 1000 Berlin 90

Landesarbeitsgemeinschaft  
für soziale Bildung Berlin  
Telefon: 030 211 90 07

Berufsbildung  
Bank für Gemeinwirtschaft Berlin  
BLZ 100 100 11  
Kto 10 10 203 000

## Bewußter Umgang mit Geschichte - bessere Orientierung in der Gegenwart

Einwöchige Bildungsurlaubsveranstaltung zum Thema:

**Gedenkstätten zur Geschichte des Nationalsozialismus  
und des Widerstandes in und bei Berlin**

In Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, der Gedenkstätte  
Haus der Wannsee-Konferenz und der Topographie des Terrors

Studienleitung und organisatorische Betreuung:

**Elisabeth Heiddöring-Shah, Dr. Heinrich-Wilhelm Wörmann**

**Montag, 12.09.94**

10.00 - 12.00 Uhr  
Begrüßung  
Vorstellungsrunde  
Einführung in das Programm

Gedenkstätten in Berlin  
historischer Rückblick  
unterschiedliche Schwerpunktsetzung in Ost und West

12.30 Uhr  
Mitagessen im Wissenschaftszentrum

14.00 - 18.00 Uhr  
**Gedenkstätte Deutscher Widerstand**

Informationsgespräch über die pädagogische  
Konzeption der Gedenkstätte

Führung durch die Ausstellung  
mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung

**Dienstag, 13.09.94**

09.00 - 12.30 Uhr

**Stadtrundfahrt zu Stätten des Terrors und des  
Widerstandes**

Je nach Interessenlage mit Besuch der  
Gedenkstätte Pützensee, des ev. Gemeindezentrums  
Pützensee, der Kirche Maria Regina Martyrum,  
der Deportations-Denkmale auf der Pützestrasse,  
Levetzowstraße und am S-Bahnhof Grunewald,  
der Synagogen in der Oranienburger Straße,  
Fasanenstraße, Ryckestraße etc., der jüdischen Friedhöfe  
in der Großen Hamburger Straße, Schönhauser Allee etc.

Die Stadtrundfahrt wird am "Gestapo Gelände" enden

12.30  
Mitagessen im Restaurant im Martin-Gropius Bau

14.00 - 15.30 Uhr  
**Topographie des Terrors**

Führung durch die Ausstellung und Informationsgespräch  
über die bisherige pädagogische Arbeit der Einrichtung

16.00 - 18.00 Uhr  
**Gedenkstättenarbeit - gesellschaftliches Ritual oder  
Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte**

Erfahrungsaustausch über den Umgang mit  
Gedenkstätten-Besuchen und mögliche Auswirkungen auf  
die eigene politische Urteilsbildung, die Beschäftigung  
mit der eigenen Geschichte, auf den (Schul)Unterricht,  
Kulturarbeit, kirchlichen Arbeit sowie auf Aktivitäten in  
anderen Bereichen



Arbeitsstätten - Keilstraße 1-3 - 1060 Berlin 30

Landesarbeitsgemeinschaft  
für politische Bildung e.  
Telefon (030) 211 9007

Bankverbindung:  
Bank für Gemeinnützige  
B.G.Z. 100 100 11  
Kto 100203900

# 1933-45

\*Natürlich interessiert mich das.\*

\*Das wollte ich mir auch schon öfters mal ansehen.\*

\*Irgendwie kam immer etwas dazwischen.\*

Gedenkstätten ziehen nicht gerade ein Massenpublikum an. Um sich ihnen unbefangener zu nähern und Schwellenängste abzubauen, führt ARBEIT UND LEBEN Berlin e. V. in Kooperation einigen Einrichtungen dieses Seminar durch. Die einwöchige Bildungsurlaubsveranstaltung soll dazu beitragen, die sehr unterschiedlichen Einrichtungen als Chance zur Auseinandersetzung mit unserer deutschen Geschichte zu begreifen.

Die Veranstaltung findet bis auf die Exkursionen in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstraße 13/14, 10785 Berlin, statt. Die Teilnahmegebühr beträgt 50,- DM (erm. 25 DM)

Anmeldung und weitere Informationen zum Seminar bitte bei:

**ARBEIT UND LEBEN e. V.**  
Keilstraße 1-3, 10787 Berlin, Tel. 2119007 Fax. 2177333

Mittwoch, 14.09.94

10.00 - 16.30 Uhr

**Gedenkstätte Sachsenhausen**

Führung durch die Gedenkstätte und Informationsgespräch über die Verlierer des Selbstverständnisses nach der Wende

12.30 - 14.00 Uhr

**Mittagessen in Oranienburg**

Bisherige Ergebnisse der Aufarbeitung der Geschichte des sowjetischen Internierungslagers von 1945-50

Donnerstag, 15.09.94

10.00 - 16.00 Uhr

**Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz**  
Vorstellung der Konzeption der Einrichtung und der Möglichkeiten für die Bildungsarbeit (Medienetik)

Führung durch die Ausstellung

12.30 - 14.00 Uhr

**Mittagessen**

Informationsgespräch über die bisherigen Erfahrungen mit der Ausstellung und den pädagogischen Möglichkeiten

Möglichkeiten

Freitag, 16.09.94

09.00 - 12.00 Uhr

**Trauerarbeit und politische Bildung**

Diskussion der Eindrücke bei den Besuchen der unterschiedlichen Gedenkstätten  
Möglichkeiten des Einsatzes entsprechender Besuche für die eigene (Bildungs)Arbeit, den Unterricht etc.  
Formen der Unterstützung durch die Gedenkstätte Deutscher Widerstand bzw. anderer Gedenkstätten

Auswertung des Seminars und Seminarekritik  
Ausgabe von Teilnahmebescheinigungen

Am Sonntag, den 17. Juli, 18.00 Uhr berichtet die Kreisau-Initiative Berlin e.V. :

Die Aktivitäten der Stiftung Kreisau für europäische Verständigung. Eine Zwischenbilanz nach fünf Jahren des Wiederaufbaus.

Ort: Polnisches Kulturinstitut, Karl-Liebknecht-Str.7, 10178 Berlin, (S Bahn Hackescher Markt oder S und U Alexanderplatz)

Am Sonntag, den 28. August, 12.00 Uhr wird an der Straßenfront des Hauses Brunnenstr. 33 (Bezirk Mitte, Nähe Rosenthaler Platz/Bernauer Str.)

die Gedenktafel für die Synagoge Beth Zion, deren Gebäude sich im Hof des Hauses befindet und erhalten ist, enthüllt. Die Gedenktafelkommission des Stadtbezirks Mitte lädt zur Enthüllung herzlich ein. Prof. Dr. Y. Ben-Chanan wird über jüdisches Leben vor hundert Jahren sprechen.

Bitte der Geschäftsstelle an **Lehrerinnen und Lehrer** und an Personen, die in vergleichbaren Institutionen arbeiten:

Wir würden gern mehr Einladungen zu unseren Veranstaltungen an evtl. Interessierte versenden, als uns jetzt möglich ist. Weil wir aber die Portokosten des Einzelversands nicht bezahlen könnten, bitten wir alle, die in einer Schule oder anderen größeren Institution arbeiten, für uns die Verteilung zu übernehmen und an unsere Geschäftsstelle den unten folgenden Bogen einzusenden. Wir werden dann jeweils ein Päckchen Einladungen an Sie schicken und bitten Sie, es Ihren Kolleginnen und Kollegen in die Fächer zu legen. Da wir ja, wie Sie wissen, nicht so oft Einladungen versenden, ist das hoffentlich keine allzu große Mühe. Wir erhoffen uns davon mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei unseren Veranstaltungen und selbstverständlich auf die Dauer mehr Mitglieder in unserem Verein. Leider haben wir die Erfahrung machen müssen, daß ein Packen Einladungen an das Sekretariat einer Schule oder anderen Institution nicht an alle verteilt wird, sondern irgendwo liegenbleibt. Bei der Überlastung der dort Beschäftigten ist das verständlich. Deshalb suchen wir auf diesem Wege Verteiler, die für uns Einzeleinladungen weitergeben.

.....  
bitte abschneiden und senden an: Aktives Museum, Chausseestr. 8, 10115 Berlin

Ich bin bereit, Einladungen an meine Kolleginnen und Kollegen zu verteilen

Zahl der Einladungen, die an mich geschickt werden sollen:.....

Name:.....

Versandanschrift:.....

.....

.....